

Thailand

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	11
Militärausgaben	13
Lokale Rüstungsindustrie	15
Streitkräftestruktur	15
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	24
Polizei und andere Sicherheitskräfte	25
Diversität in den Sicherheitskräften	26

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	28
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	28
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	29
Innere Lage im Empfängerland	34
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	36
Bedrohung von Alliierten	39
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	40
Unerlaubte Wiederausfuhr	42
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	43

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

In den vergangenen zwei Dekaden (2003- 2023) bezog Thailand jährlich Rüstungsexporte aus Deutschland. Obwohl diese vom Umfang selten die Marke von 50 Millionen Euro überstiegen, stellt Deutschland derzeit den achtgrößten Rüstungslieferant für Thailand da. Aufgrund der kontinuierlichen Lieferungen ist das Gesamtvolumen der letzten 20 Jahre mit 488 Millionen Euro keinesfalls gering. In den letzten zehn Jahren (2014-2023) wurden neben diversen Hubschraubern der Typen EC145 (insgesamt 11 Stück im Jahr 2016) und EC135 (6 Stück in 2021) auch Luft-Luft Raketen des Typs IRIS-T und Luftraumradare des Typs TRML-3D geliefert. Zu den wichtigsten Lieferanten zählten zwischen 2020 und 2024 China, die USA, Südkorea, Israel und Frankreich. Aber auch Schweden, die Ukraine und weitere Staaten lieferten über die letzten Jahre immer wieder Waffensysteme in größerem Umfang. Weltweit nahm Thailand im genannten Zeitraum die 40. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Die Streitkräfte Thailands sind regional gesehen eine der stärksten Armeen. Sie spielen neben der Verteidigung des Landes auch eine zentrale Rolle im Inland. Dies hat auch seine historischen Gründe: Thailand hat in den vergangenen Jahrzehnten Grenzkonflikte mit Myanmar, Laos und Kambodscha gehabt, im Inland hingegen wurden die Streitkräfte im Kampf gegen kommunistische Guerillabewegungen eingesetzt. Das Heer ist vergleichsweise leicht ausgerüstet und auf Mobilität ausgelegt. Auffällig ist vor allem die hohe Zahl von Transport- und Verbindungsflugzeugen, sowie leichten Infanteriefahrzeugen meist älterer Bauart. Die thailändische Marine ist quantitativ und teilweise auch qualitativ sehr gut mit Waffensystemen ausgerüstet. Seit den 1980er Jahren dient sie zunehmend auf die Verteidigung der industriellen Zonen im Osten des Landes und südlichen Küstenregionen. Zunehmend können allerdings mit den zuletzt beschafften Kriegsschiffen auch küstenferne Operationen ausgeführt werden. Das Fluggerät der thailändischen Luftwaffe spiegelt teilweise noch ihre Anti-Guerilla-Rolle aus den 1960er und 1970er Jahren wider. Beschaffungen der letzten Jahre führten jedoch dazu, dass die thailändische Luftwaffe mittlerweile zu einer der bestausgerüsteten in Süd-Ost-Asien zählt.

Da das Militär nicht in der Lage war, dauerhaft landesweit zu operieren, fiel den paramilitärischen Einheiten die Aufgabe zu, in den Unruheprovinzen während des Guerilla-Aufstandes in der Vergangenheit Präsenz zu zeigen und gegen kommunistische Guerillas vorzugehen.

Das Militär hat eine sehr stark ausgeprägte gesellschaftliche und politische Rolle. Diese interne Rolle der Streitkräfte ist in der Verfassung verankert, in der sie als „Beschützer der Nation, des Königshauses und der Religion“ bezeichnet werden. Erschienen der Militärführung Parlament und politische Parteien als zu schwach oder zu korrupt oder galten die Einheit des Landes und die Monarchie gefährdet, schritten Militärs wiederholt ein. Sowohl im Mai 2014 als auch im September 2006 hat die thailändische Militärführung – im Anschluss an eine durch Militärputsche geprägte Geschichte – erneut in Staatsstreich die Regierung abgesetzt und das Kriegsrecht ausgerufen. Dies steht allerdings entgegen einer seit den 1990er Jahren einsetzenden Einschränkung der einflussreichen Rolle des Militärs und ist weniger auf die Machtgier der Militärführung als auf die instabilen politischen Verhältnisse im Land

zurückzuführen. Durch die aktive Einflussnahme auf die Politik hält das Militär jedoch seine Bedeutung für das politische Geschehen aufrecht. Vor dem Hintergrund der sich seit 2006 bis heute wiederholenden Unruhen und Gewaltausbrüche im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen „Gelbhemden“ und „Rothemden“ griff das Militär mehrfach massiv ein. So brachen in Thailand im November 2013 politische Unruhen aus. Anfang Mai 2014 enthob das Verfassungsgericht Premierministerin Yingluck Shinawatra mit der Begründung des Machtmissbrauchs ihres Amtes. Nachdem Versöhnungsgespräche zwischen Vertreter:innen beider Seiten scheiterten und das Kriegsrecht verhängt wurde, übernahm das Militär am 22. Mai 2014 die Macht und General Prayuth Chan-ocha das Amt des Regierungschefs als Vorsitzender des Rates für nationalen Frieden und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, es galt ein Versammlungsverbot sowie eine nächtliche Ausgangssperre. Das Militär gab an, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Ordnung wiederhergestellt und Reformen eingeleitet würden.

Darüber hinaus sind Ex-Militärs in der Wirtschaft des Landes prominent vertreten. Aufgrund von Verwicklungen in Korruption und illegale Geschäfte genießen die thailändischen Sicherheitskräfte allerdings einen durchaus zweifelhaften Ruf. Nachdem sich das thailändische Militär durch seinen Einsatz in Ost-Timor auch international profiliert hat – ein Kommandeur der militärischen Komponente der UNTAET-Mission war der thailändische Generalleutnant Winai Phattiyakul, der auch das Kommando über die Nachfolge-Mission UNMISET hatte –, hat Thailand die Teilnahme an UN-Blauhelmeinsätzen erhöht. Die kanadische Regierung hat Überlegungen angestellt, ein regionales Trainingszentrum für Blauhelme in Thailand zu errichten.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Thailand ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, unter anderem der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983. Begründet wird dies mit der unsicheren Lage in der Region, in der es möglicherweise Staaten gäbe, die über solche Waffen verfügen (VR China, Myanmar). Thailand hat als erstes Land Südostasiens die IstGh-Konvention unterzeichnet, jedoch bis heute noch nicht ratifiziert. Interessanterweise hat das Land die Völkermord-Konvention von 1948 ebenso nicht unterschrieben. Das Land ist in letzten Jahren jedoch einigen wichtigen internationalen Verträgen im Bereich der Menschenrechte beigetreten.

Die thailändischen Sicherheitskräfte sehen sich mit dem ernsthaften Problem konfrontiert, dass einigen Angehörigen die Verwicklung in illegale Machenschaften nachgesagt wird. Das Ausmaß dessen erstreckt sich soweit, dass von einer endemischen Korruptionskultur die Rede sein kann. Mitglieder der Sicherheitskräfte sind am Waffen-, Drogen-, Tropenholz- und Menschenschmuggel beteiligt und wirtschaftlich auch in zwielichtigen Bereichen aktiv, so dass sie oftmals über enge Verbindungen zur Unterwelt verfügen.

Im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen politischen Lagern der „Gelbhemden“ und „Blauhemen“, die das politische Geschehen seit 2006 beeinflussen, spielt das Militär in dem politischen Geschehen eine intensive Rolle. Die Sicherheitskräfte griffen in den vergangenen Jahren regelmäßig in die Unruhen ein, im Mai 2014 kam es zum Putsch und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Militär. In Folge auf die nur sehr begrenzt freien Parlamentswahlen 2019 formierte sich 2020 eine Protestbewegung in Thailand, die u. a. Neuwahlen und eine Reform der Verfassung fordert. Die Regierung hat dies mit Repressalien beantwortet und Demonstrationen durch die Polizei gewaltsam niederschlagen lassen. Etliche Demonstrierende wurden inhaftiert und erwarten lange Haftstrafen. Andere Probleme sind Übergriffe und Zwangsrepatriierung myanmarischer Geflüchteter seitens Militärpersonals, außergerichtliche Hinrichtungen, entweder direkt durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder von ihnen unterstützte „Todesschwadronen“, sowie Übergriffe auf Häftlinge.

Am 21. November 2023 billigte das Kabinett einen Gesetzesentwurf zur Gleichstellung der Ehe und im Juni 2024 stimmte der thailändische Senat für die Legalisierung der Ehe gleichgeschlechtlicher Paare. Somit folgt Thailand Taiwan und Nepal als drittes Land und das erste Land in Südostasien, was LGBTQIA+-Partnerschaften legalisiert.

Die Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption und Menschenhandel unter Kontrolle zu bringen, werden u. a. dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind.

Sowohl die inneren als auch die äußeren Konflikte haben mit dem Ende der kommunistischen Guerillabewegung und dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges abgenommen. Es gibt jedoch anhaltende Spannungen im islamisch geprägten Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia und im thailändisch-myanmarischen Grenzgebiet. Von Zeit zu Zeit kommt es zu Gefechten zwischen thailändischen und myanmarischen Einheiten. Im Herbst 2008 sowie im Frühjahr 2011 verschärfen sich die Konflikte an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha um den Vihear Preah Tempel, nachdem die UNESCO die Region zum Weltkulturerbe erklärt hatte. Nach der erneuten Eskalation im Frühjahr 2011, bei der auf beiden Seiten Soldat:innen ums Leben kamen, scheint vorerst eine Einigung zwischen beiden

Staaten gefunden worden zu sein. Nach dem 11. September sind mehrere Länder Südostasiens unter Druck geraten, energischer gegen mutmaßliche Terrorist:innen vorzugehen. Auch auf Thailand wurde diesbezüglich politischer Druck ausgeübt. Als Folge dieser Forderungen haben zehn ASEAN-Staaten, unter anderem Thailand, im August 2002 einen Anti-Terror-Pakt mit den USA beschlossen, um ein Kooperationsnetzwerk im Kampf gegen Terrorismus zu bilden. Das Land hat einen gewissen Ruf als einfaches Einreiseland und als einer der größten Umschlagsplätze für Kleinwaffen in der Region. Dies ist in der Vergangenheit von mehreren bewaffneten Organisationen, die international als terroristisch gelten (z. B. die LTTE), ausgenutzt worden. Ebenso wie die genannten bewaffneten Gruppen haben auch internationale kriminelle Organisationen die relativ einfache Verfügbarkeit von Waffen, die einfache Einreise und die Korruptierbarkeit seitens der Sicherheitskräfte zu ihren Gunsten genutzt. Durch seine Lage im „Goldenen Dreieck“ und durch die große Anzahl an Reisenden aus Europa und Nordamerika ist Thailand auch für den internationalen Drogenhandel interessant.

Thailand machte in den vergangenen Dekaden eine beeindruckende Entwicklung durch und zählt seit 2019 zu den Ländern der Kategorie „sehr hohe menschlicher Entwicklung“. Die Wirtschaft ist angemessen diversifiziert – im Hinblick auf das Einkommensniveau sogar überdurchschnittlich – und gilt als einigermaßen krisenfest, auch wenn weiterhin leichte Abhängigkeiten (etwa vom Tourismus- und Exportsektor) bestehen. So konnte sich das Land etwa gut von der Covid-19 Pandemie erholen, obwohl besagte wichtige Sektoren davon schwer getroffen wurden. Thailand weist keine bedenkliche Verschuldung auf, gilt allerdings im Hinblick auf klimatische Änderungen als durchaus vulnerabel. Weitere Stressoren (wie hohe Einkommensungleichheit, hohes Bevölkerungswachstum oder -schrumpfung) sind nicht vorhanden. In Bezug auf die SDGs befindet es sich auf einem guten Weg und konnte viele wichtige sozioökonomische Bedingungen verbessern, auch wenn punktuell noch (große) Herausforderungen bestehen. Im Vergleich der relativen Militärausgaben zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie dem Militarisierungsgrad Thailands weist das Land derzeit keine besondere Gefahr auf, dass überhöhte Rüstungsausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen: 37,4% Unterkalibrige Übungspatronen: 15,8% Teile für Kriegsschiffe: 11,1% Teile für Fluggeräte: 11% Teile für Feuerleitsysteme: 6,8%	1,07
2000	Trainings- und Kampfflugzeuge, Teile für militärische Luftfahrzeuge: 95,1%	38,90
2001	Maschinenkanonen und -teile: 38%; Gewehre und Karabiner: 28,9% Teile für Unterwasserortungsgeräte, Kreiselkompassanlagen und Sonaranlagen: 7% Teile für Panzer-, Schießausbildungs- und Gefechtssimulatoren: 7,1% Trainings- und Kampfflugzeuge, Teile für militärische Luftfahrzeuge: 95,1%	6,23
2002	Schiffs-Navigationsausrüstungen, Teile für Fregatten, Unterwasserortungsgeräte: 37,9% Gewehre und Karabiner (einschließlich Kriegswaffen), Revolver, Pistolen, Maschinenpistole, Schalldämpfer, Lafetten, Waffenzielgeräte, Teile für Maschinengewehre: 25,4% Kommunikationssysteme: 11,5% Munition für Kanonen, Teile für Maschinengewehrmunition: 10,6%	5,1
2003	Feuerleiteinrichtungen für Patrouillenboote und Nachtzielgeräte: 66,1% Software für Führungs- und Waffeneinsatzsysteme / Simulations- und Ausbildungsausrüstung: 13,6% Bodenausrüstung und Teile für Trainingsflugzeuge und Transporthubschrauber: 7,2%	31,2
2004	Bodenausrüstung und Teile für Trainingsflugzeuge, Zieldarstellungsdrohnen: 35,2%; Gewehre, Revolver, Pistolen, Maschinenpistolen, Jagdgewehre und Teile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 22,8% Navigationssysteme und Teile für Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 20,6% Funkgeräte, Frequenzumformer und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 12,2%	3,11
2005	Kommunikationsausrüstung, Hinderniswarnsysteme, Navigationssysteme, Prüfausrüstung, statischer Umrichter und Teile für Kommunikationsausrüstung, statischer Umrichter: 51% Teile für Trainingsflugzeuge, Hubschrauber, Zieldarstellungsdrohnen, Triebwerke, Bordausrüstung: 22,8% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 14,8%	9,50

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2006	Schiffsbrückensimulator und Schieß- und Gefechtssimulator: 82,9%	17,88
2007	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Kreiselkompasssysteme, Radaranlagen, Frequenzumformer: 51,2% Panzerstahlbleche, Körperschutzwesten und Einschübe für Körperschutzwesten: 19% LKW und Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 12,4%	7,25
2008	U-Boot Simulator: 52,1%; Teile für Trainingsflugzeuge: 18,7% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Radaranlagen, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, statische Inverter: 17,9%	27,47
2009	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhre und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Frequenzumformer: 48,4% Teile für Unterwasserortungsgeräte: 31,6% Panzerplatten, Panzeranzüge, Schutzausrüstung und Teile für Schutzanzüge: 8%	13,42
2010	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Hinderniswarnsysteme und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungssysteme, Stromversorgungen: 45,3% Hubschraubertriebwerke und Teile für Trainingsflugzeuge, Zieldarstellungsdrohnen, Bodendienstgeräte, Atemgeräte: 41,3%	13,03
2011	Flugkörper, Pyrotechnische Munition, Handhabungsgeräte und Teile für Flugkörper: 44,7% Hubschraubertriebwerke und Teile für Trainingsflugzeuge, Atemgeräte: 25,6% Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 12,9%	9,33
2012	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 45,3% Flugkörper, pyrotechnische Munition, Seeminenräumausrüstung und Teile für Flugkörper, Bodengeräte: 40,9%	11,37
2013	Sonarsysteme und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 40,8% Flugsimulator und U-Boot-Simulator: 29,9% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Kathodenstrahlröhre und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Prüfausrüstung: 12,6%	32,5
2014	Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	19,21
2015	Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar: 48,1% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 39%	26,89

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Hubschrauber, Bodendienstgeräte und Teile für Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber: 76,7% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 16,5%	74,45
2017	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 74,4% Teile für Kampfflugzeuge und Hubschrauber: 8,5%	12,64
2018	Marine Trainings Simulator und Teile für Marine Trainings Simulator: 45,7% Übungsflugkörper und Teile für Flugkörper, Bodengeräte für Flugkörper, Torpedobewehrungssystem, Flugkörperabwehrsystem für Luftfahrzeuge: 33,8% Kommunikationsausrüstung, Kathodenstrahlröhren, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 14,1%	17,08
2019	Flugkörper, pyrotechnische Munition, Bodengeräte für Flugkörper und Teile für Flugkörper, Seeminenräumausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 90,0%	53,38
2020	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 69,8% Munition für Kanonen, Flinten und Nebeltarnmunition: 17,4%	11,58
2021	Hubschrauber, Helme, Fallschirme und Teile für Kampfflugzeuge, Hubschrauber: 63,6% Luftraumüberwachungsanlage, Boden-Überwachungsradar und Teile für Luftraumüberwachungsanlage, Boden-Überwachungsradar: 29,8%	65,54
2022	Seeaufklärungsflugzeuge und Teile für Flugzeuge: 69,7 % Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 15,7 %	19,52
2023	Navigationsübungsgeräte: 80,8 %	12,12
2024	Flugzeug und Teile für Flugzeuge, Hubschrauber, Zieldarstellungsdrohnen: 57,9% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 21,4% Infrarotausrüstung und Wärmebildausrüstung: 13,2%	32,38

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

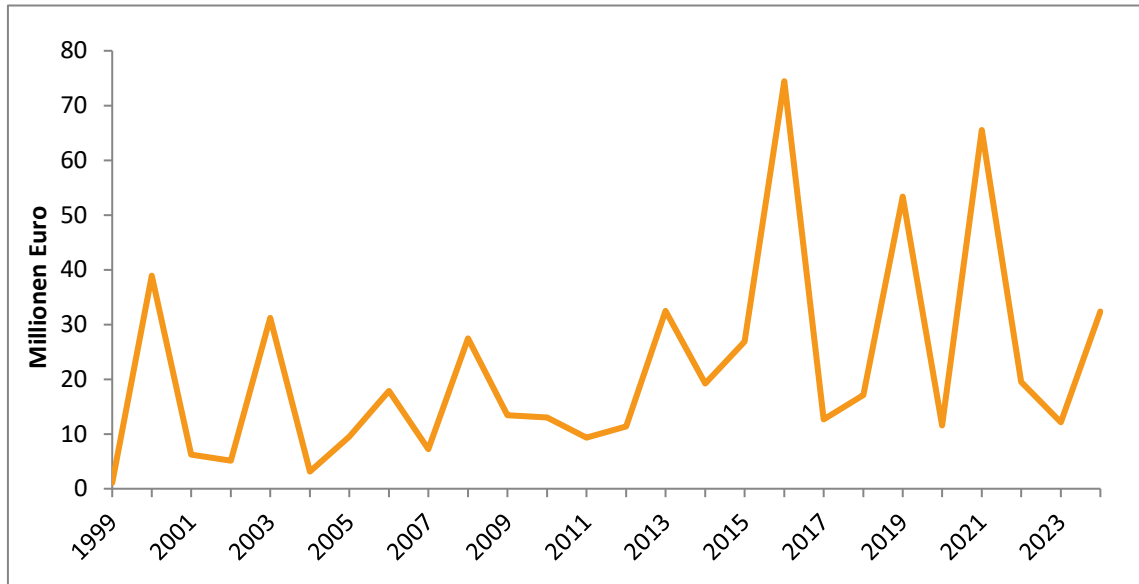
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Thailand 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
20	Alpha Jet	Jagdbomber/ Trainingsflugzeug	1999	2000-2001	20	Gebraucht, modernisiert
1	Do-228-200MP	Seefernaufklärer	(2003)	2004	1	Gebraucht, modernisiert
(113)	6R-106 TD21	Dieselmotor	2009	2010-2012	(113)	Neuwertig
2	MAN-28/33	Dieselmotor	2009	2013	2	Neuwertig
(40)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	2010	2012-2013	(40)	Neuwertig
(121)	6R-106 TD21	Dieselmotor	2011	2012-2017	(121)	Neuwertig
(21)	6R-121 TD21	Dieselmotor	2013	2017	(21)	Neuwertig
1	ACTAS	ASW Sonargerät	2013	2018	1	Neuwertig
1	ASO-712	ASW Sonargerät	2013	2018	1	Neuwertig
6	EC145	Leichter Helikopter	2013	2015	6	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
5	EC145	Leichter Helikopter	2014	2016	5	Neuwertig
(100)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	(2014)	2015-2017	(100)	Neuwertig
6	EC145	Leichter Helikopter	2015	2016	(6)	Neuwertig
2	MAN-28/33	Dieselmotor	2016	2019	2	Neuwertig
(2)	TRML-3D	Luftraumsuchradar	2016	2018-2019	(2)	Neuwertig
(80)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	2018	2018-2019	(42)	Neuwertig
6	EC135	Leichter Helikopter	2020	2021	(6)	Neuwertig
1	TRML-3D	Luftraumsuchradar	2020	2022	(1)	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

In den vergangenen zwei Dekaden (2003- 2023) bezog Thailand jährlich Rüstungsexporte aus Deutschland. Obwohl diese vom Umfang selten die Marke von 50 Millionen Euro überstiegen, stellt Deutschland derzeit den sechstgrößten Rüstungslieferant für Thailand da. Aufgrund der kontinuierlichen Lieferungen ist das Gesamtvolumen der letzten 20 Jahre mit 488 Millionen Euro keinesfalls gering.

In den letzten zehn Jahren (2014-2023) wurden neben diversen Hubschrauben der Typen EC145 (insgesamt 11 Stück im Jahr 2016) und EC135 (6 Stück in 2021) auch Luft-Luft Raketen des Typs IRIS-T für die bei der thailändischen Luftwaffe im Einsatz befindlichen F-5E (100 Stück zwischen 2015 und 2017 und 42 weitere zwischen 2018 und 2019) und Luftraumradare des Typs TRML-3D (zwei wurden vermutlich zwischen 2018 und 2019 und ein weiteres vermeintlich 2022) geliefert. Zudem genehmigte die Bundesregierung 2016 den Export von zwei Dieselmotoren für ein BVT-90 Patrouillenboot aus dem Vereinigten Königreich.

Immer wieder wurden jedoch auch Lieferungen nach Thailand untersagt: So wurde im Jahr 2016 bekannt, dass bis Ende 2017 vier Skyguard Flugabwehrsysteme durch Rheinmetall geliefert werden sollten. Diese Ausfuhr wurde 2018 jedoch durch die Bundesregierung gestoppt. Im Jahr 2020 wurden gleich sieben Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt circa 1,66 Mio. Euro abgelehnt. Zur Begründung verwies der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung auf die nationale Politik sowie einen möglichen Verstoß gegen die Kriterien 1 (Einhaltung internationaler Verpflichtungen), 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes), 3 (innere Lage im Empfängerland), 4 (Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region) und 7 (Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr) des Gemeinsamen Standpunktes der EU. Auch 2022 wurde eine Ausfuhr im Wert von 48.840 Euro mit Verweis auf die Kriterien 2 und 3 abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Thailand 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	141	151	251	291	73	907

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

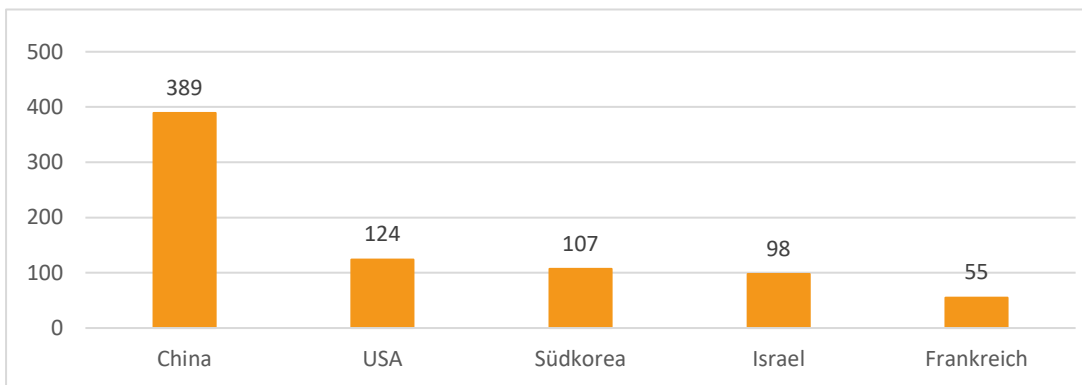
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Thailand 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	14	10	-	-	24

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Thailand zwischen 2020 und 2024 die 40. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

China war im Zeitraum zwischen 2020 – 2024 mit Abstand der wichtigste Rüstungslieferant für Thailand und lieferte im genannten Zeitraum ein Raketenabwehrsystem und dazugehörige Boden-Luft-Raketen (Typ HQ-22). Im Rahmen eines Deals über umgerechnet 74 Millionen US-Dollar bezog Thailand 12 Mörser (Typ PLL-05 120 mm). In den vergangenen zehn Jahren erhielt Thailand außerdem insgesamt 30 gepanzerte Mannschaftstransporter (Type-07), 37 Schützenpanzer (Type-07P), 60 Hauptkampfpanzer (VT-4) sowie einige Bergepanzer, leichte Panzer, Selbstfahrlafetten, ein KS-1A Luftverteidigungssystem inkl. 40 Raketen sowie einige Lenkraketen und bisher 15 von 18 geordneten Mehrfachraketenwerfern. Zudem lieferte China 2023 ein amphibisches Transportdock (Type-071). Alle Güter wurden neuwertig geliefert. Medienberichten zufolge orderte Thailand außerdem bereits 2017 ein U-Boot (Typ S26T) aus China – die SIPRI-Datenbank listet dieses jedoch nicht. Nachdem Deutschland die Lieferung für Motoren hierfür untersagte, wurde 2025 nach mehreren Verhandlungsrunden vereinbart, dass auch ein chinesisches Antriebssystem verbaut wird. Die Lieferung – eigentlich für 2023 geplant – steht derzeit noch aus und dürfte sich weiter verzögern, ist es doch erst zu rund zwei Dritteln fertig gestellt.

Die zweitmeisten Lieferungen von Großwaffensystemen erfolgten im aktuellen Betrachtungszeitraum durch die USA. Diese lieferten 2020 drei gebrauchte S-70 Black Hawk Transporthubschrauber in der UH-60A Version. Darauf folgten weitere fünf Exemplare S-70i aus der polnischen Produktionslinie zwischen 2022 und 2023. Die USA lieferten 2020 zudem drei Leichtflugzeuge des Typs Cessna-182T Skywagon und seit 2019 zehn F404 Turboantriebswerke (zum Einbau in bewaffnete T-50 Trainingsflugzeuge aus Südkorea). Zusätzlich erhielt Thailand 130 gebrauchte LAV-3 (gepanzerten Mannschaftstransporter), zwölf T-6C Texan (bewaffnete Trainingsflugzeuge von denen ca. 40 % der Teile in Thailand produziert werden), zwei gebrauchte Saab-340 Transportflugzeuge sowie drei leichte Transportflugzeuge (Kodiak-100). Außerdem lieferten die USA vermutlich zwei RQ-21 Blackjack Drohnen, einige Marinegeschütze und Raketen (u. a. ESSM Boden-Luft-Raketen oder AIM-120C AM-RAAM), Torpedos, Radarsysteme und weitere Triebwerke, bspw. für südkoreanische Fregatten. 2024 wurden außerdem vier von acht AT-6 Wolverine Jagdbomber und die erste Hälfte von insgesamt 300 bestellten FGM-148 Javelin Panzerabwehrraketen geliefert.

Auf Platz drei liegt im aktuellen Betrachtungszeitraum Südkorea. 2024 erhielt Thailand aus Südkorea die letzten zwei von insgesamt 14 T-50 Golden Eagle Trainings-/Kampfflugzeugen. Für diese Flugzeuge orderte Thailand 2022 außerdem 100 südkoreanische Lenkbomben, die jedoch noch nicht geliefert wurden. 2018 erhielt Südkorea bereits eine DW-3000 Fregatte aus Südkorea.

Auf Platz 4 und 5 der wichtigsten Rüstungslieferanten Thailands im Zeitraum 2020 bis 2024 rangieren Israel und Frankreich. Aus Israel bezog Thailand 2018-2023 eine Reihe von Drohnen der Typen Orbiter-3, Hermes-900 und Dominator-2, selbstfahrende Geschütze (Typ ATMOS 2000 155 mm), Mörser (Typ CARDOM 120 mm), Panzerabwehrraketen (Typ Spike MR/LR) und Lenkbomben (Typ Lizard) sowie Flugzeugradargeräte. Aus Frankreich wurden vornehmlich Transporthelikopter (Typ H225M), gezogene Geschütze sowie Diesel-Schiffsmotoren und ein Luftverteidigungssystem (VL-MICA) inkl. 50 Raketen geliefert.

Nach dem Militärputsch 2014 stockten Vereinbarungen zu Rüstungskäufen Thailands mit den USA, Kanada, Deutschland und weiteren Rüstungslieferanten, die militärische Hilfe der USA wurde zunächst gänzlich gestoppt. Grund dafür waren Bedenken bzgl. Menschenrechten und demokratischen Defiziten unter dem neuen Premierminister Prayut. Diese Entwicklungen behindern die Modernisierungspläne der thailändischen Streitkräfte noch immer und haben zur Folge, dass Thailand eine Diversifizierung seiner Rüstungslieferanten anstrebt. So orientiert sich Thailand momentan u. a. gen China, Russland, Israel und auch Schweden. Am 30. Mai 2013 unterzeichnete die thailändische Regierung ein Übereinkommen mit Indien, das eine engere Zusammenarbeit der Verteidigungsindustrien beider Länder ermöglichen soll. Bereits im Vorfeld näherten sich beide Staaten durch den Austausch von Kommunikationstechnologie und der Weitergabe maritimer Informationen aneinander an. Nachdem die thailändische Regierung offensichtlich nicht mehr den Kauf deutscher U-Boote plant, konzentriert sich die Beschaffung verstärkt auf Fregatten. Dazu unterzeichnete sie am 8. August 2013 einen Vertrag mit der südkoreanischen Firma Daewoo Shipbuilding & Marine Engineering (DSME), für die besagte Fregatte, im Wert von umgerechnet 466 Millionen US-Dollar. Zudem beschlossen Indien und Thailand 2016 eine ausgeweitete Verteidigungskooperation, welche den Rüstungshandel und damit verbundene Industriezweige vereinfachen soll. Im selben Jahr wurde auch mit Japan eine verstärkte Kooperation beschlossen. Beide taten sich bisher allerdings nicht als besonders wichtige Lieferanten hervor.

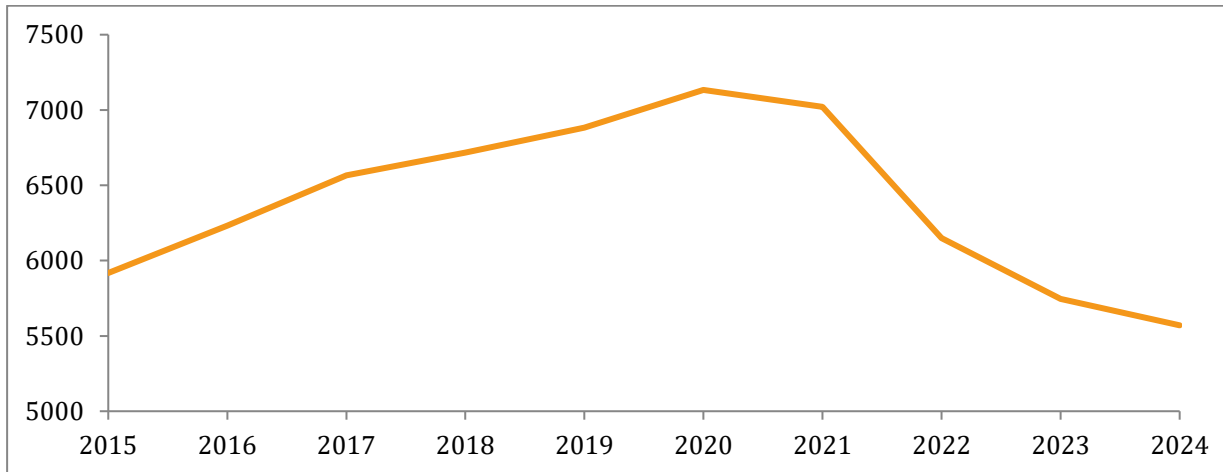
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	7133	7021	6149	5746	5570
Anteil am BIP (in %)	1,5	1,4	1,2	1,1	1,0
Anteil an Staatsausgaben (in %)	5,8	5,3	5,0	4,9	4,5

*Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

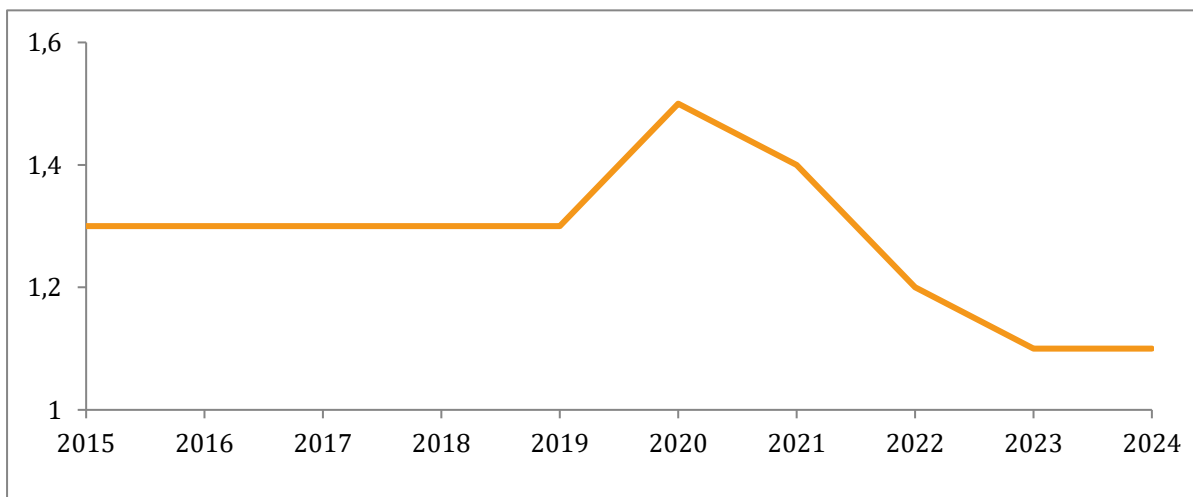
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die lokale Rüstungsproduktion ist regional gesehen von großer Bedeutung, besonders im Bereich der Kleinwaffenproduktion. Auch deutsche Heckler & Koch Modelle (G3, HK33) werden in Lizenz vom Army Weapons Production Centre hergestellt. Dort wird auch Munition produziert. Dennoch bleibt Thailand auf ausländische Rüstungsgüter angewiesen, insbesondere aus den USA, von denen Thailand das meiste Material bezieht.

Mit Hilfe der USA, Italien und Japan wurde in den 1980er Jahren der Versuch unternommen, Marinebasen zur Reparatur aufzubauen. Bis heute ist es jedoch nicht gelungen, diese Kapazitäten ausreichend auszubauen und für die Marine nutzbar zu machen. Seit einiger Zeit gibt es ehrgeizige Pläne der Regierung, die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F&E) der Wirtschaft weiter zu stärken. Im Rahmen dieser Politik wird auch die Rüstungsindustrie von staatlicher Hilfe profitieren, um ihre F&E-Kapazitäten zu erweitern. Thailands Regierung strebt an, die Rüstungsindustrie gezielt zu unterstützen, um die nationale Sicherheit zu garantieren. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen Thailand und China über eine gemeinsame Verteidigungskooperation zum Aufbau von Produktions- und Instandsetzungskapazitäten für militärisches Gerät. Thailand zielt dabei insbesondere auf einen Technologieaustausch im Hinblick auf Kleinwaffen und Drohnen chinesischer Produktion ab. Eine geplante Instandsetzungsanlage ist vermutlich für VT-4 Panzerfahrzeuge gedacht. Kolportiert wurde auch eine gemeinsame Produktionsstätte für Mehrfachraketenwerfer, über die bereits im Jahr 2012 bereits ein Abkommen geschlossen worden sein soll. Bis dato (letzte Meldungen dazu aus 2019) wurde eine solche jedoch nicht realisiert.

Darüber hinaus kündigte das Verteidigungsministerium ähnliche Gespräche mit Russland und verstärkte Kooperationen mit Pakistan, den Philippinen und Israel an. Mit dem israelischen Unternehmen Elbit soll insbesondere die Entwicklung bzw. lokale Produktion von Mörser und Artillerie-Systemen vorangetrieben werden. Thailands Institut für Verteidigungstechnologie kündigte des Weiteren im Februar 2021 die Entwicklung von drei unterschiedlichen militärischen Radfahrzeugen in Kooperation mit der Royal Thai Army an. Im Februar 2024 veröffentlichten die thailändischen Luftstreitkräfte zudem ein Weißbuch, in der die Intention, die Luftwaffe umfassend zu modernisieren und dabei die lokale Rüstungsindustrie zu stärken, dargelegt wird.

Derzeit gibt es etwa 48 rüstungsnahe Unternehmen, wovon 21 vom Heer, sieben von der Marine, zwölf von der Luftwaffe, eines von der Heeresleitung und sieben direkt vom Verteidigungsministerium geleitet werden. Darunter befinden sich Unternehmen der Luftfahrtsparte (bspw. Thai Aviation Industries), des Schiffbaus (bspw. Bangkok Dock Company) und der Fahrzeugindustrie (bspw. Chaiseri). Die Einrichtung einer Verteidigungsindustriezone ist in Planung und soll im Rahmen eines Umstrukturierungsplans der Streitkräfte und der Verteidigungsindustrie (Vision 2026), voraussichtlich in Kanchanaburi erfolgen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 24 Monate.

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

360.850 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 245.000

Marine: 69.850

Luftwaffe: 46.000

Reserve: 200.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: ca. 93.700, davon:

Grenzpolizei: 20.000

Marinepolizei: 2.200

Freiwillige Nationale Sicherheitskorps: 45.000 - Reserve

Polizeiflieger: 500

Provinz-Polizei: 50.000

Thahan Phran: 21.000

Paramilitärische Reserve: 45.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	5,1	5,1	5,1	5	5	5	5	5	5	5,1

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Die Streitkräfte Thailands sind regional gesehen eine der stärksten Armeen. Sie spielen neben der Verteidigung des Landes auch eine zentrale Rolle im Inland. Dies hat auch historische Gründe: Thailand hatte in den vergangenen Jahrzehnten Grenzkonflikte mit Myanmar, Laos und Kambodscha, im Inland hingegen wurden die Streitkräfte im Kampf gegen kommunistische Guerillabewegungen eingesetzt. Die paramilitärischen Einheiten können gewissermaßen als ein Erbe dieses Anti-Guerillakampfes angesehen werden, obwohl sie immer noch eine durchaus wichtige Rolle in der thailändischen Militärdoktrin einnehmen. Die schwere Wirtschaftskrise von 1997 hat das Verteidigungsbudget erheblich zusammenschrumpfen lassen, was zu der Streichung einiger Prestigeprojekte führte. Seitdem hingegen befinden sich die Streitkräfte in einem Wiederaufbau, was mit einer großangelegten Rüstungsbeschaffungsstrategie einhergeht, die jedoch weitestgehend auf gebrauchtes Material bzw.

Kriegswaffen ausgerichtet ist. Die thailändischen Streitkräfte befinden sich inmitten eines Umstrukturierungsprozesses, dessen Ziel es ist, die Streitkräfte zu verkleinern und zu professionalisieren.

2015 wurde bekannt, dass die thailändischen Streitkräfte bis 2020 beabsichtigten, eine eigene Einheit für Cyber-Kriegsführung zu etablieren, welche alle drei Streitkräfte und die Polizei repräsentieren sollte. Es finden erste Cyberwar-Übungen des Armed Forces Cyber Security Centers statt (sogenannte Cyber FTX), speziell im Rahmen der „Cobra Gold“-Übungen in Kooperation mit den USA und weiteren Nationen. Seit 2019 besteht des Weiteren ein Space-Operations Center, das von den Luftstreitkräften geführt wird. 2024 folgte die Gründung eines Kompetenzzentrums zur Ausbildung von Cyber-Offizier:innen, in dessen Rahmen jährlich 300 bis 500 Fachkräfte verschiedene Programme absolvieren sollen.

Im Februar 2017 kündigte die Regierung Thailands ein zehnjähriges Entwicklungsprogramm für das Militär an (Vision 2026), wodurch unter anderem auf die Unruhen im Süden des Landes reagiert werden sollte. Die drei deklarierten Ziele waren die Verbesserung der Vorbereitung des thailändischen Militärs, verbesserte Fähigkeiten und die Modernisierung von diesbezüglichen Strukturen. Außerdem sollten die Militärausgaben auf zwei % des BIPs angehoben und die heimische Industrie gestärkt werden – aufgrund der Covid-19 Pandemie wurden die Ausgaben hingegen bereits gekürzt. Die Modernisierungsbemühungen umfassten verstärkt die Entwicklung von U-Booten und die Fähigkeiten zu U-Boot-Abwehr und laut einem Weißbuch aus dem Jahr 2020 auch Kampfflugzeuge und taktische Transporter. In einem weiteren Weißbuch von Dezember 2024 wurde jedoch bekannt, dass die neue Regierung die militärischen Ausgaben zwischen 2026 und 2037 massiv zurückfahren möchte. Auch die Stärke der Streitkräfte soll reduziert werden. Ziel dieser Maßnahme ist mitunter, die Streitkräfte von einer Verpflichtungsarmee schrittweise hin zu einer Freiwilligenarmee zu transformieren.

Die thailändischen Streitkräfte sind ein wichtiger Nicht-Nato-Verbündeter der USA, seit 2014 sind aber auch zunehmende Verteidigungsbeziehungen zu China zu beobachten.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	444	Davon 50 eingelagert
Leichte Panzer	244	Davon 50 eingelagert
Schützenpanzer	220	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1.265	
Aufklärer	42	
Bergepanzer	Mehr als 69	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Brückenlegepanzer	Einige	Type-84
Minenräumpanzer	Einige	Bozena; Giant Viper
Ausbildungsflugzeuge	33	
Transportflugzeuge	25	
Kampfhubschrauber	7	
Ausbildungshubschrauber	53	
Mehrzweckhubschrauber	33	
Transporthubschrauber	129	
Artillerie	2.690	Davon 48 eingelagert
Panzerabwehr	Mehr als 210	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (M47 Dragon)
Luftabwehr	Mehr als 220	Zusätzlich Boden-Luft-Raketen (u. a. Aspide) (18 Geschütze nicht einsatzfähig)
Drohnen	Mehr als 4	Aufklärungsdrohnen (Hermes 450, Searcher und Searcher II)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer ist vergleichsweise gut ausgerüstet und auf Mobilität ausgelegt. Auffällig ist vor allem die hohe Zahl von Transport- und Verbindungsflugzeugen sowie Transporthubschraubern, sowie leichten Infanteriefahrzeugen. Die Systeme stammen überwiegend aus den USA, aber auch aus dem Vereinigten Königreich und China. Schwere Panzer (US-amerikanischer Bauart) sind ebenfalls vorhanden, davon jedoch einige eingelagert. Die Bewaffnung des Heeres belegt, dass in der Vergangenheit interne, leicht bewaffnete Gegner:innen als Hauptbedrohung angesehen wurden, diese Bedrohung aber an Bedeutung nachgelassen hat. Trotz der Einbindung in multinationale Übungen überschattet die Einmischungen des Heeres in interne Angelegenheiten nach wie vor die angestrebte Professionalisierung des gesamten Streitkräfteapparates. Einer militärischen Bedrohung durch einen Nachbarstaat wird offensichtlich wenig Bedeutung beigemessen. Auch die Beschaffungen der vergangenen Jahre belegen, dass vorrangiges Ziel des Heeres die Sicherstellung und Steigerung der Mobilität bleibt. Auch vor dem Hintergrund der Aufrüstung in der Region und der internen Konfliktlage hat die thailändische Regierung in den letzten Jahren eine Vielzahl schwerer Waffensysteme importiert – auffällig war u. a. die Aufstockung bzgl. leichter Panzer, Schützenpanzer, Mannschaftstransporter und Artilleriesysteme (siehe [Kommentar zu den Waffenkäufen](#)).

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Flugzeugträger	1	
Fregatten	7	
Patrouillenboote	68	
Davon Korvetten	5	
Minenboote	17	
Amphibienfahrzeuge	18	
Logistik und Unterstützung	13	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

9 Aufklärungsflugzeuge

4 Seefernaufklärer (2 davon kampffähig)

9 Transportflugzeuge (5 Do-228-212 geplant zur Aufrüstung zu Seefernaufklärern)

8 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

2 Mehrzweckhubschrauber

16 Transporthubschrauber

Bis zu 5 Aufklärungsdrohnen

Einige Raketen (AGM-84 Harpoon)

Marineinfanterie:

24 gepanzerte Mannschaftstransporter

14 Schützenpanzer

3 leichte Panzer

33 bewaffnete Amphibienfahrzeuge

1 Bergepanzer

54 Artilleriegeschütze

10 Panzerabwehrlenk Waffen (zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme)

14 Luftabwehrgeschütze (zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die thailändische Marine ist quantitativ und teilweise auch qualitativ sehr gut ausgerüstet. Die Marine hat, zusammen mit der Luftwaffe, seit den 1980er Jahren an Bedeutung gewonnen, nachdem die Militärdoktrin zunehmend auf die Verteidigung der industriellen Zonen im Osten des Landes und der südlichen Küstenregionen abzielt. Zunehmend können allerdings mit den zuletzt beschafften Kriegsschiffen auch küstenferne Operationen ausgeführt werden. Die Marine ist für die Sicherung des thailändischen Golfs zuständig, der für Thailand den wichtigsten Handelszugang auf dem Seeweg darstellt. Die Marine ist auch in der Andamanensee im Einsatz und verfügt damit über eine Präsenz im Indischen Ozean. Für das gestiegene Prestige der Marine spricht auch, dass sie als einzige in der südostasiatischen Region über einen Flugzeugträger – die HTMS Chakri Naruebet - verfügt. Die Marine ist jedoch wegen solcher Großprojekte nur bedingt einsatzbereit. Aufgrund der hohen Instandhaltungskosten des Flugzeugträgers mussten die Mittel für die Instandhaltung von vier Fregatten umgeleitet werden. Der Geldmangel traf in der Vergangenheit auch die Marineflieger schwer: So waren 2001 nur zwei von neun Harrier-Jets und nur ein Teil der 14 A-7 Jets einsatzfähig – seit 2006 wurden alle dieser Flugzeuge außer Dienst gestellt, womit die Chakri Naruebet de facto als ein Hubschrauberträger fungiert.

Da es keine akute Gefährdung durch andere Marinestreitkräfte in der Region gibt und die von den Streitkräften gegebenen Begründungen zur Aufrüstung eher dürftig sind (z. B. Abwehr illegaler Fischerei durch myanmarische Fischer:innen), kommt der Verdacht auf, dass es bei der Beschaffung der Ausrüstung oft eher um das Prestige des Militärs als um verteidigungspolitisch begründete Maßnahmen handelt. Durch finanzielle Engpässe und die erwähnten hohen Instandhaltungskosten für viele der Waffensysteme ist die Einsatzzeit der Marine auf See für Übungszwecke sehr gering. Auch der Mangel an ausgebildetem Personal stellt die Einsatzfähigkeit der Marine immer wieder in Frage. Thailands Regierung entsendet nur wenig Personal zur weiteren Ausbildung in befreundete Staaten und auch bei gemeinsamen Marineübungen mit den USA, Australien und Malaysia spielt Thailand häufig nur eine kleine Rolle.

2017 orderte Thailand ein U-Boot (S26T) im Wert von 390 Millionen US-Dollar aus China, dessen Lieferung bis Ende 2024 erfolgen sollte. Für dieses U-Boot plante man den Einbau von deutschen Dieselmotoren (nachdem bereits der Kauf deutscher U-Boote der Klasse 206A verworfen wurde). Durch ein Exportverbot von Dieselmotoren nach China, verzögerte sich die geplante Auslieferung jedoch auf 2027. Es werden nun chinesische Dieselmotoren verbaut. Zudem wurden Fregatten geordert: Dazu hat das Parlament im September 2012 knapp eine Mrd. US-Dollar bereitgestellt und seither eine südkoreanische Mehrzweckfregatte und Patrouillenboote von BAE-Systems erstanden. Zudem wurden verschiedenste Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Im April 2024 unterzeichneten die thailändische Marine und das spanische Unternehmen Navantia zudem einen Vertrag zur Aufrüstung eines thailändischen Landungsschiffes.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	42	
Jagdflugzeug	28	
Erdkampfflugzeuge	12	
AWACS	2	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2	
Aufklärungsflugzeuge	14	
Ausbildungsflugzeuge	70	Davon 30 kampffähig
Transportflugzeuge	60	Davon 8 Passagierflugzeuge, davon ein A310-324 eingelagert
Mehrzweckhubschrauber	6	
Such- und Rettungshubschrauber	12	
Transporthubschrauber	14	
Drohnen	20	Aufklärungsdrohnen (U-1), zusätzlich Dominator XP und Aerostar
Raketen	Einige	u. a. AIM-9P/S Sidewinder; AGM-65 Maverick

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Fluggerät der thailändischen Luftwaffe spiegelt teilweise noch ihre Anti-Guerilla-Rolle aus den 1960er und 1970er Jahren wider. Das Fluggerät ist größtenteils US-amerikanischer Bauart und zum Teil veraltet. Nach umfassenden Modernisierungsbemühungen und Beschaffungen zählt die thailändische Luftwaffe mittlerweile zu einer der bestausgerüsteten in Südostasien.

Wegen der Finanzkrise 1997 wurde der ursprüngliche Plan, die Luftwaffe mit moderneren F-18 auszustatten, auf Eis gelegt. Stattdessen gelang es dem Verteidigungsministerium, den Kauf von gebrauchten F-16 gegen den Widerstand des Parlaments durchzusetzen. Laut IISS befinden sich derzeit noch 16 gebrauchte Alpha Jets aus deutscher Produktion im Bestand der Luftwaffe. Diese wurden 2011 einem Mid-Life-Update (MLU) unterzogen, welches von Thai Aviation Industry, einem staatlichen Wartungs-, Reparatur- und Überholungsunternehmen in Kooperation mit Lockheed Martin durchgeführt wurde. Neben den F-16 setzt die Luftwaffe überdies derzeit 12 Flugzeuge des Typs Gripen aus schwedischer Produktion ein, die zwischen 2011 und 2013 geliefert wurden. Aufgrund des zunehmenden Alters ihrer F-16 sucht die thailändische Luftwaffe derzeit nach Ersatzmodellen und erwägt den Kauf weiterer

Gripen. Als Teil des umfassenden Modernisierungsvorhabens der thailändischen Luftwaffe, musterte das Land nach rund 30 Jahren Einsatzzeit seinen Bestand an PC-9 Trainingsflugzeugen aus. Diese werden voraussichtlich, wie bereits dem [Kommentar zu den Waffenkäufen](#) zu entnehmen, mit südkoreanischen T-50 Trainingsflugzeugen ersetzt. Insgesamt 14 Exemplare befinden sich bereits im Bestand der thailändischen Luftwaffe.

Die Kampfkraft der Luftwaffe wurde im Jahr 2015 mit der Beschaffung von sechs US-amerikanischen (Eurocopter North America) UH-72A Lakota Hubschraubern erheblich gesteigert. 2022 wurden zudem acht AH-6S Kampfhubschrauber aus den USA geordert. Dennoch mussten noch 2024 einige Mehrzweck- sowie Transporthubschrauber aufgrund von Überalterung außer Dienst gestellt werden. Wichtiger Partner bei der Modernisierung ist Frankreich. Hier wurden neue Transporthelikopter geordert (bspw. 12 EC725 Super Cougar), die in der thailändischen Luftwaffe für Such- und Rettungseinsätze verwendet werden. Aus Österreich wurden des Weiteren seit 2018 sechs Aufklärungsflugzeuge (DA42MPP), 12 Leichtflugzeuge (DA40 und DA42) und sechs Camcopter S-100 Drohnen bestellt. 2021 wurde auch die Beschaffung eines dritten C295W Transportflugzeuges von Airbus Defence Space angekündigt und die Aufwertung von elf Saab JAS 39 Gripen vorgeschlagen. Weitere wichtige Käufe finden sich im [Kommentar zu den Waffenkäufen](#).

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Marinepolizei:

56 Patrouillenboote

Polizeiflieger:

17 Transportflugzeuge (davon 2 Passagierflugzeuge)

6 Erdkampfflugzeuge

32 Mehrzweckhubschrauber

22 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Da das Militär nicht in der Lage war, dauerhaft landesweit zu operieren, fiel den paramilitärischen Einheiten während des Guerilla-Aufstandes in der Vergangenheit die Aufgabe zu, in den Unruheprovinzen Präsenz zu zeigen und gegen die kommunistischen Guerillas vorzugehen. Aus diesen Jahren stammt auch das von den US-Streitkräften in Vietnam eingesetzte Konzept der „Wehrdörfer“, welche dann insbesondere von den paramilitärischen Einheiten unterstützt wurden. Die „Wehrdörfer“ bestehen an der thailändisch-myanmarischen Grenze weiterhin fort. An ihre Abschaffung wird angesichts der unsicheren Lage auf der myanmarischen Seite nicht gedacht.

Die meisten paramilitärischen Verbände Thailands sind unter einem dem Militär unterstehenden Kontrollkommando, dem Internal Security Operations Command (ISOC), vereinigt, was die unterstützende Rolle der paramilitärischen Einheiten Thailands unterstreicht. Der am

besten ausgebildete und ausgerüstete Verband ist die Border Patrol Police. Sie wird als der professionellste Paramilitärische Verband eingestuft (mehr dazu siehe [Kommentar Polizei und weitere Sicherheitskräfte](#)), allerdings spielte die Grenzschutzpolizei auch eine Rolle bei der gewalttätigen Beendigung von Studierendenprotesten in Bangkok zwischen 2020 und 2021.

Neben der **Border Patrol Police** gibt es noch weitere paramilitärische Verbände: Das **Volunteer Defence Corps**, die **Paramilitary Marines**, die **Rangers** und die **National Defence Volunteers**. Angehörige des Volunteer Defence Corps werden Menschenrechtsverletzungen und Korruption vorgeworfen. Nach Angaben des Nachrichtenportals Fulcrum wird speziell diesem Korps vorgeworfen als verlängerter Arm des Ministeriums für innere Angelegenheiten zu agieren und für dieses, informell als Auftragskiller zu agieren. Ebenfalls wird berichtet, dass Teile der Paramilitary Marines in Fälle von Menschenhandel mit Angehörigen ethnischer Rohingya aus Myanmar involviert sind und zusätzlich zwischen 2013 und 2014 extrem royalistische Demonstrant:innen geschützt haben sollen. Die meisten und schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen werden allerdings den Rangers vorgeworfen. Diese beinhalten gezielte Tötungen von unbewaffneten Zivilist:innen, Vergewaltigungen und Ermordungen von Polizeibeamt:innen. Ebenfalls sollen sie gezielt Waffen aus Vorräten der Polizei und des Militärs gestohlen haben. Die National Defence Volunteers werden zunehmend im Bereich der Katastrophenhilfe eingesetzt. Ursprünglich wurden sie jedoch als eine antikommunistische Einheit aufgestellt.

Neben diesen Paramilitärischen Verbänden, gibt es in Thailand auch einige Milizen: Die **Village Development and Self Defence Volunteers**, die **Village Protection Volunteers**, die **Village Scouts** und die **Volunteers of Spirit**. Die ersten beiden wurden 2004 im Zuge von Aufständen gegründet, um Zivilist:innen vor thailändisch-malaiisch-muslimischen Separatisten im Süden des Landes zu schützen. Die Village Development and Self Defence Volunteers werden oft zum Ziel Aufständischer und werden zusätzlich beschuldigt Kindersoldat:innen einzusetzen. Die Village Protection Volunteers werden besonders von im Süden Thailands lebenden Muslim:innen als problematisch gesehen, da sie eine reine Nicht-muslimische Einheit sind.

Dennoch wurde 2011 entschieden Aufgaben den Militärs im Bereich der Bekämpfung von Aufständischen auf lokale paramilitärische Verbände abzutreten, um Kapazitäten des Militärs freizumachen, besonders im Süden des Landes. So sind seit 2016 wohl 40 % des gesamten militärischen Kontingents im weiten Süden Thailands Angehörige der Rangers.

Box 4

Peacekeeping

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 5 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 283 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 2 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Machtergreifung des thailändischen Militärs am 22. Mai 2014 verdeutlichte ein weiteres Mal den großen Einfluss der Streitkräfte im thailändischen Staat. Das Militär spielt bis heute eine politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Rolle, die seit Eintritt der Verfassung durch die dort niedergeschriebene Funktion als „Beschützer der Nation, des Königshauses und der Religion“ definiert ist. Diese wurde in der Praxis der 1960er und 1970er Jahre durch militärische Mittel zum Erhalt der inneren Sicherheit sowie entwicklungspolitische Maßnahmen untermauert. So agierte das Militär damals gegen interne Guerillabewegungen (z. B. gegen die verbotene Kommunistische Partei Thailands) und förderte zugleich die Entwicklung des Landes, zum Beispiel im Infrastrukturbereich (Straßen- und Brückenbau). Auf Basis dieser bedeutenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position nahm das Militär in der Vergangenheit mehrfach auch erheblichen politischen Einfluss: So ist Thailands Geschichte seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 von über zwanzig Putschversuchen und tatsächlichen Militärputschen (zuletzt 2014) geprägt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Anschluss an den Putsch von 1992 eine deutliche Demokratisierung des Staates geplant wurde: Nach massiven gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen über 250 Menschen starben, trat der zuvor selbsternannte Premierminister und Putschist General Suchinda Kraprayoon zurück und demokratische Maßnahmen wurden eingeleitet, die fortan unter anderem die Macht der Militärs einschränkten. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Putschversuche ist seitdem gesunken. Erklärungen hierfür sind unter anderem globale Entwicklungen und der verbesserte Bildungsstand führender Militärs.

Nichtsdestotrotz kam es nicht nur im Mai 2014, sondern bereits im September 2006 zu einem Staatsstreich, in dem die thailändische Militärführung die damalige Regierung unter Premierminister Thaksin Shinawatra (2001-2006) absetzte und das Kriegsrecht ausrief. Dieser Vorgang hatte Konsequenzen, die die politische Situation des Landes bis in die Gegenwart prägen. Zwar war damals (wie zuletzt) nicht die dauerhafte Machtübernahme des Militärs das Motiv für den Eingriff, sondern die Machtumverteilung im politischen System sowie eine Verfassungsreform. Trotzdem verdeutlichen der direkte militärische Eingriff und die damit einhergehende bewusste Veränderung der politischen Machtverhältnisse die beträchtliche Involvierung des Militärs in die politischen Geschehnisse des Staates. So schien der militärische Einfluss auf die thailändische Politik zwar zeitweise tendenziell abzunehmen, seit der Thronübernahme durch König Maha Vajiralongkorn (seit 2016) wurde dieser jedoch erneut zentralisiert und wird auch von Premierminister General Prayuth Chanocha weiter gefestigt.

Über die politische Dimension hinaus sind Ex-Militärs bis in die Gegenwart prominent in Wirtschaft und Gesellschaft vertreten. Spekulationen zufolge reicht der Einfluss bis in das Königshaus, so werden dem designierten Nachfolger des überaus populären Königs Bhumibol Adulyadej (Rama IX) enge Kontakte zum Militär nachgesagt. Zuweilen wird das politische System daher auch als „Khakistokratie“ bezeichnet, eine Anspielung auf die sehr engen Verflechtungen der Aristokratie mit den khakifarbenen Uniformen tragenden Militärs.

Das Militär verfügt über ein landesweites Fernseh- und Radionetzwerk, betreibt Banken und zahlreiche Firmen. Die Verflechtungen zwischen Militär und Wirtschaft sind folglich weitreichend, wenngleich zu einem erheblichen Teil dubioser Natur. So verdienen sowohl das Militär als auch die Polizei an der „Unterhaltungsindustrie“, sprich dem Sextourismus, wobei es teilweise zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staatsorganen kommt. Mitglieder der Sicherheitskräfte werden laut Berichten auch von den *chao pao*, den lokalen

„Mafiapaten“ zum Eintreiben von Schutzgeldern, Einschüchterung von Kommunalpolitiker:innen oder für Morde „gemietet“. Presseberichten und unabhängigen Untersuchungen zufolge sollen Mitglieder des thailändischen Militärs zudem am myanmarischen Opiumgeschäft sowie am Schmuggel von Tropenholz und Kulturgütern aus Kambodscha und Myanmar beteiligt sein. Waffenschmuggel in naheliegende Kriegsgebiete (z. B. Myanmar, Aceh, Mindanao, Nordost-Indien und Sri Lanka), aber auch die Verbreitung von Waffen in der thailändischen Unterwelt ist ein ernstes Problem. Dies geschieht in dem Maße, dass Thailand als einer der Hauptumschlagplätze für Kleinwaffen in Südostasien gilt, zum Beispiel für die chinesische separatistische Bewegung GAM oder die LTTE („Tamil Tigers“) aus Sri Lanka. Oft sind thailändische Militärs an diesen Geschäften beteiligt gewesen. Nach Medienberichten sollen sich in der Vergangenheit führende thailändische Militärs auch bei der Beschaffung von Waffensystemen aus dem Ausland selbst bereichert haben. Die Verwicklung thailändischer Sicherheitskräfte in illegale Machenschaften wie im Bereich des Waffen-, Drogen-, Tropenholz- und Menschenschmuggel deuten auf eine endemische Korruptionskultur und enge Verbindungen zur Unterwelt hin. Die thailändischen Behörden haben in der Vergangenheit, besonders seit Beginn des Demokratisierungsprozesses, bereits mehrfach verkündet, härter und entschiedener gegen die „schwarzen Schafe“ vorzugehen. Der Erfolg erscheint indes allerhöchstens mäßig, weshalb die thailändischen Sicherheitskräfte einen inzwischen durchaus zweifelhaften Ruf innerhalb der Bevölkerung genießen. Darauf wiesen auch die Forderungen der Protestierenden seit 2020 hin, die die verfassungsrechtliche Verankerung des militärischen Einflusses in der Politik scharf kritisierten. So ernennt das Militär etwa ein Drittel der Mitglieder des Zweikammerparlamentes, sechs Sitze sind für Oberbefehlshaber:innen reserviert. Jüngsten Ergebnissen des World Values Survey zufolge (Erhebungswelle 2017-2022) vertraut etwas mehr als die Hälfte der thailändischen Bevölkerung (insgesamt 65,9 %) dem Militär; 25,7 % sprechen dem Militär jedoch wenig Vertrauen aus und 10,3 % gar keins.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,2	1,3	1,3	1,2	1,1

Quelle: IMF Government Finance Statistics. legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799

Die Royal Thai Police (RTP) ist die nationale Polizei Thailands. Sie ist nicht etwa im Innenministerium angesiedelt, sondern direkt dem Büro des:der Premierminister:in unterstellt. Die Personalstärke liegt nach offiziellen Angaben 210.700 und 230.000 Polizist:innen, was grob 17 % der Staatsdiener Thailands entspricht – rechnet man die Soldat:innen nicht ein. Sie ist in zahlreiche Untereinheiten gegliedert und ähnlich dem Militär strukturiert. Ob der Ähnlichkeit in Struktur, Kultur und Ausbildung wird die Polizei daher oft auch als vierte Teilstreitkraft bezeichnet.

Die Untereinheiten nehmen verschiedene Aufgaben wahr. Es gibt eine ca. 20.000 Personen starke **Border Patrol Police Division**, welche besondere Unabhängigkeit vom Rest der Polizei genießt und enge Beziehungen zum Königshaus pflegt. Diese eher paramilitärisch ausgerichtete Polizeieinheit hat auch Polizeiflieger und stellt zusätzlich die thailändische Flugrettung (air-sea-rescue). Obwohl Sie auf dem Papier eine Polizeieinheit ist, hat sie in der Vergangenheit oft direkt mit dem Militär zusammen operiert. Die Border Patrol Police Division ist zum Teil mit G3 Sturmgewehren von Heckler & Koch (H&K) ausgestattet, welche lokal in Lizenz hergestellt werden. Ebenfalls in die Border Patrol Police Division eingegliedert ist die **Spezialeinheit Naresuan 261**. Die Einheit ist auf Geiselnbefreiung und Anti-Terror-Einsätze spezialisiert. Sie trainiert unter anderem mit der deutschen GSG9 und ist ähnlich strukturiert und aufgebaut. Die Naresuan 261 wird auch für den Schutz der königlichen Familie sowie zum Schutz von ausländischen Diplomaten eingesetzt. Auch diese Einheit nutzt zum Teil H&K Waffen, zum Beispiel Maschinenpistolen des Typs MP5. Ebenfalls in der Border Patrol Police Force zusammengefasst sind das **Volunteer Defense Corps** mit ca. 45.000 Mitgliedern und die **Thahan Phran** eine ca. 21.000 Personen starke Miliz, die vor allem im Grenzgebiet zu Kambodscha agiert. Beide Einheiten nehmen sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben wahr. Im Stadtgebiet von Bangkok gibt es außerdem noch die **Metropolitan Police Division**, welche mindestens 10.000 Personen stark ist. Letztendlich hat die Royal Thai Police auch eine dem amerikanischen SWAT-Team ähnliche Einheit, die **Arinthat 26**. Hinzu kommen noch die **Marine Police** (2.000 Polizist:innen) und **Provincial Police** Einheiten (50.000 Polizist:innen) sowie lokale Polizeieinheiten in den einzelnen Regionen, deren Größe und Stärke allerdings unklar sind.

Das scharfe Vorgehen von Polizeieinheiten bei den seit 2020 immer wieder auflodernden Protesten wird von Amnesty International kritisiert. Mehr hierzu unter dem Kapitel: „[Spannungen und innere Konflikte](#)“. Thailand stellte zwar im Oktober 2022 erstmals ein Gesetz zur Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen vor, trotzdem ist laut Amnesty Folter und andere Misshandlungen weiterhin ein Problem.

Diversität in den Sicherheitskräften

Die Diversität innerhalb der thailändischen Sicherheitskräfte bleibt weiterhin durch traditionelle Geschlechterrollen und hierarchische Strukturen geprägt. Obwohl Frauen bereits seit dem Zweiten Weltkrieg Zugang zum Militärdienst erhalten, dienen sie überwiegend in administrativen, medizinischen oder unterstützenden Funktionen. Die Studie *Women in Organizations: Case of Thailand's Military Institutions* verweist darauf, dass Frauen in den thailändischen Streitkräften nur selten in kämpfenden Einheiten eingesetzt werden und weiterhin mit strukturellen Aufstiegsbarrieren konfrontiert sind. Zudem reproduzieren militärische Ausbildungs- und Sozialisierungsstrukturen laut der Studie traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit und geschlechtlicher Hierarchie. Die Autor:innen beschreiben innerhalb militärischer Trainingskulturen darüber hinaus sexistische, homophobe und frauenfeindliche Verhaltensmuster sowie diskriminierende Einstellungen gegenüber Frauen und LGBTQ-Personen. Auch neuere Öffnungsschritte zeigen weiterhin bestehende Einschränkungen: So ließ die Royal Thai Air Force im Jahr 2016 erstmals Frauen als Pilotinnen zu, setzte diese jedoch ausschließlich in Transportflugzeugen und nicht in Kampfeinsätzen ein.

Gleichzeitig deuten aktuelle Entwicklungen auf vorsichtige Öffnungstendenzen innerhalb der thailändischen Sicherheitskräfte hin. Nach Angaben der thailändischen Botschaft in Washington dienen inzwischen rund 7.465 Frauen in den Streitkräften, was etwa 8 % des militärischen Personals entspricht. Dennoch bleiben Frauen innerhalb der einzelnen Teilstreitkräfte weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Im Jahr 2020 lag ihr Anteil bei lediglich 6 % im Heer, 3,8 % in der Marine und 18 % in der Luftwaffe. Zudem bleiben ihre Karrierewege häufig eingeschränkt, da bestimmte Führungs- und Spezialausbildungen Kampferfahrung voraussetzen, zu denen Frauen oftmals nur begrenzten Zugang erhalten. Gleichzeitig setzt das Militär weibliche Angehörige zunehmend in Bereichen wie humanitärer Unterstützung, Kommunikation sowie Konfliktvermittlung ein, insbesondere in den südlichen Grenzprovinzen. Bereits 2013 übernahm mit Yingluck Shinawatra erstmals eine Frau das Amt der Verteidigungsministerin in Thailand. Im Jahr 2025 ernannte Thailand zudem erstmals eine Frau zur Sprecherin des Verteidigungsministeriums, was von staatlicher Seite als bedeutender Schritt für die Sichtbarkeit von Frauen innerhalb der Sicherheitskräfte dargestellt wurde.

Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen sich auch im Rahmen internationaler Friedensmissionen. Daten der Elsie Initiative Fund zeigen, dass Thailand zum Stand März 2026 insgesamt 289 Personen in UN-Missionen entsandte, darunter lediglich 47 Frauen. Besonders niedrig fällt der Frauenanteil bei militärischen Truppen aus: In der Mission UNMISS lag der Anteil weiblicher Einsatzkräfte bei lediglich 10,51 % und damit unter dem UN-Zielwert von 13,6 %. Höhere Frauenanteile zeigen sich hingegen in einzelnen Bereichen wie Individual Police oder Staff Officers. Die Daten verdeutlichen damit, dass Frauen vor allem in spezialisierten oder unterstützenden Funktionen vertreten sind, während sie in klassischen militärischen Einsatzstrukturen weiterhin deutlich seltener repräsentiert bleiben.

Ein ähnliches Bild zeigt sich zudem innerhalb der Polizeikräfte und Justizstrukturen. Für das Jahr 2023 weisen internationale Datensätze insgesamt 219.779 Polizeibeschäftigte in Thailand aus. Frauen bleiben dabei insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen weiterhin unterrepräsentiert. Im Strafvollzug lag die Zahl weiblicher Beschäftigter 2023 bei 2.917 gegenüber 9.160 Männern. Auch bei Staatsanwaltschaften waren Frauen mit 1.299 Beschäftigten gegenüber 2.910 Männern deutlich seltener vertreten. Vergleichsweise höhere Frauenanteile zeigen sich hingegen im Bereich professioneller Richter und Richterinnen, wo 2022 insgesamt 1.835 Frauen gegenüber 3.455 Männern erfasst wurden. Insgesamt deuten die Daten darauf hin, dass Frauen innerhalb der Sicherheits- und Justizstrukturen zwar zunehmend vertreten sind, Führungs-, Sicherheits- und Überwachungsfunktionen jedoch weiterhin überwiegend von Männern dominiert werden.

LGBTQ-Personen dürfen seit 2005 offiziell in den thailändischen Streitkräften dienen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Thailand ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, unter anderem der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983. Internationale Organisationen wie Human Rights Watch oder das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sehen als problematische Punkte die Fragen von Anti-Personenminen und Kindersoldat:innen. Obwohl Thailand selber den Verträgen beigetreten ist, halten sich die im Grenzgebiet zu Myanmar operierenden Oppositionskräfte nicht an diese internationalen Normen. Berichten zufolge sollen auch einige der bewaffneten islamistischen Gruppen in der Pattani-Region im Süden Thailands Kindersoldat:innen angeworben haben. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat Thailand unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert.

Gegen Thailand sind derzeit weder von der EU noch von den Vereinten Nationen Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

In 2025, efforts in Thailand to strengthen democratic governance after military rule were disrupted by political instability. The new government of Prime Minister Anutin Charnvirakul has done little to address past and ongoing human rights violations.

Quelle: *Human Rights Watch Report 2026*

[World Report 2026: Thailand | Human Rights Watch](#)

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026

The authorities continued to suppress freedom of expression and peaceful assembly, detaining protesters and charging activists and an academic under repressive laws. Leaked documents revealed coordinated cyber operations targeting civil society and opposition groups. Human rights defenders received online threats of violence. Refoulement persisted with the unlawful deportation of 40 Uyghurs to China and the extradition of a Montagnard activist to Viet Nam. A landmark verdict held 13 soldiers accountable for torture committed in 2024. The government allowed Myanmar refugees living in camps to work legally outside the camps, while new legislation on ethnic groups drew criticism for sidelining Indigenous Peoples.

Quelle: *Amnesty International Report 2026*

[The State of the World's Human Rights: April 2026 - Amnesty International](#)

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026

*Bewertung für Thailand auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 22/60*

Politische Rechte: 11/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (33/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026

Following five years of direct military rule, Thailand transitioned to a military-dominated, semielected government in 2019. While 2023 elections were comparatively open and competitive, the leading opposition party, Move Forward, was blocked from forming a government by the military-appointed Senate and subsequently dissolved by the Constitutional Court. The second-largest opposition group, the Pheu Thai Party (PTP), entered government in coalition with several military-aligned parties, but two successive PTP prime ministers were removed by the same court over alleged ethics violations in 2024 and 2025, signaling the continued dominance of the country's unelected institutions. Press freedom remains constrained, due process is not guaranteed, and there is impunity for crimes committed against civic activists.

Quelle: [Thailand: Freedom in the World 2026 Country Report | Freedom House](#)

Kommentar

Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sind seit dem Militärputsch von 2014 stark eingeschränkt. In Folge der Parlamentswahlen 2019 kommt es seit Anfang 2020 zu weitreichenden Protesten in Thailand, die von Sicherheitskräften mit zunehmend exzessiver Gewalt niedergeschlagen werden. Diese pausierten zeitweise aufgrund der Covid-19 Pandemie. Hauptauslöser der Proteste ist die behördliche Schikane gegenüber der neuen Partei Future Forward, die bei den Wahlen den drittgrößten Anteil an Parlamentssitzen holte. Im Nachgang der Wahlen überzogen die Behörden diese u. a. mit Gerichtsverfahren, im Februar 2020 löste das thailändische Verfassungsgericht die Partei auf. Die Demonstrierenden fordern die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, eine Reform der Monarchie und der Verfassung sowie ein Ende der Einschüchterung und Drangsalierung von Regierungskritiker:innen. Die Regierung reagiert mit Repressalien auf die Proteste: Zwischen Juli 2020 und September 2023 wurden laut Human Rights Watch 1.928 Menschen verhaftet – manchen droht lebenslange Haft. 286 dieser 1.928 Menschen waren Kinder. Amnesty International zufolge verletzen die staatlichen Maßnahmen zur Unterbindung von Protest die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Am 14. Mai 2023 fanden in Thailand Parlamentswahlen statt, die von der Militärjunta des National Council for Peace and Order (NCPO) unter unzulänglichen und unfairen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bedingungen durchgeführt wurden. Die reformorientierte Move Forward Party (MFP) gewann die meisten Sitze, aber der vom Militär ernannte Senat führte die Bemühungen an, die sie effektiv daran hinderten, eine Regierung zu bilden; Am 7. August 2024 löste das thailändische Verfassungsgericht die MFP auf und verhängte 10 politische Betätigungsverbote aufgrund von Majestätsbeleidigung.

Trotz Reformanstrengungen ist Korruption ein weitverbreitetes Problem. Weitere Probleme sind Übergriffe und Zwangsrepatriierung myanmarischer Geflüchteter seitens des Militärs, außergerichtliche Hinrichtungen entweder direkt durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder von ihnen unterstützte „Todesschwadronen“ sowie Übergriffe auf Häftlinge.

Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption, Menschenhandel und jeglichen Schmuggel unter Kontrolle zu bringen, werden unter anderem dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind.

Die Zahl der Haftbefehle wegen Majestätsbeleidigung hat stark zugenommen; im September 2023 wurde der Menschenrechtsaktivist und -anwalt Arnon Nampa für Majestätsbeleidigung inhaftiert. 2023 berichtete Amnesty International zudem, dass auch minderjährige im Zuge von Protesten teilweise aufgrund von Beleidigung der Monarchie inhaftiert wurden. Bis August 2025 wurden mindestens 1.959 Menschen strafrechtlich verfolgt, weil sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung Gebrauch gemacht hatten, darunter mindestens 274 Personen wegen Majestätsbeleidigung.

Darüber hinaus kritisierte die Europäische Union 2025, dass mindestens 40 uigurische Asylsuchende nach China abgeschoben wurden, wo ihnen Inhaftierung, Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Nach Auffassung des Europäischen Parlaments verstoßen diese Abschiebungen gegen das völkerrechtliche Non Refoulement Prinzip und untergraben grundlegende internationale Schutzstandards.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Geschlechtsspezifische Gewalt stellt auch in Thailand weiterhin ein relevantes gesellschaftliches Problem dar. Nach Angaben von UNFPA waren 7,1 % der Frauen von Gewalt durch Intimpartner betroffen, während 20,2% der Frauen vor dem 18. Lebensjahr verheiratet wurden (vgl. [Schaubild 5](#)) WHO-Daten aus dem Jahr 2023 zeigen deutlich höhere Werte: Demnach erlebten 32,9% der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren im Laufe ihres Lebens körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch Intimpartner, während 14,3 % innerhalb der letzten zwölf Monate betroffen waren. Zudem gaben 7,7 % der Frauen an, seit ihrem 15. Lebensjahr sexuelle Gewalt außerhalb einer Partnerschaft erlebt zu haben. Die Daten verdeutlichen, dass geschlechtsspezifische Gewalt, trotz der im regionalen Vergleich niedrigen Werte, ein strukturelles Problem bleibt.

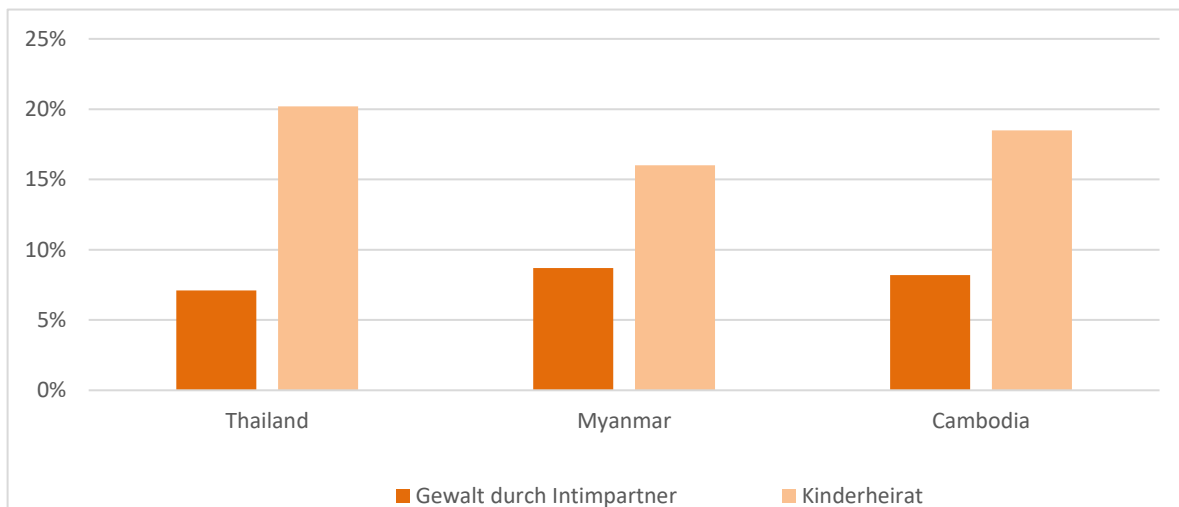
Im Bereich reproduktiver Rechte liberalisierte Thailand sein Abtreibungsrecht im Jahr 2021 deutlich. Schwangerschaftsabbrüche sind seitdem bis zur 20. Schwangerschaftswoche legal möglich. Zuvor war Abtreibung weitgehend strafbar. Die Reform erfolgte, nachdem das Verfassungsgericht Teile der bisherigen Gesetzgebung als verfassungswidrig eingestuft hatte. Ziel der Reform war insbesondere der Schutz von Frauenrechten sowie die Verringerung unsicherer illegaler Schwangerschaftsabbrüche. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Zugangshürden. Berichte verweisen auf gesellschaftliche Stigmatisierung, religiösen Druck, hohe Kosten sowie eine begrenzte Anzahl an Kliniken. Vergewaltigung ist in Thailand strafbar und kann mit Freiheitsstrafen bis hin zur Todesstrafe geahndet werden. Ehehliche Vergewaltigung wurde zudem 2007 kriminalisiert.

Über physische Gewalt hinaus nimmt auch technologiegestützte geschlechtsspezifische Gewalt zu. Amnesty International berichtet von misogynen, homo- und transphoben Online-Angriffen gegen Frauen- und LGBTI-Aktivistinnen in Thailand. Der Bericht „Being Ourselves is Too Dangerous“ dokumentiert digitale Überwachung, Online-Belästigung sowie den Einsatz von Spyware wie Pegasus durch staatliche und nichtstaatliche Akteure. Besonders seit dem Militärputsch von 2014 nutzen Aktivistinnen digitale Plattformen verstärkt für politische und gesellschaftliche Mobilisierung, wodurch digitale Gewalt und geschlechtsspezifische Desinformation zugenommen haben. Thailand reagierte darauf mit einer Gesetzesänderung, die am

30. Dezember 2025 in Kraft trat und sexuelle Belästigung erstmals ausdrücklich als eigenständigen Straftatbestand definiert. Das Gesetz umfasst auch digitale Kommunikationsformen und erkennt an, dass Belästigung durch Nachrichten, Kommentare, Stalking oder wiederholte Online-Kommunikation erfolgen kann.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz partnerschaftliche Gewalt und Kinderheirat in %



Quelle: *United Nations Population Fund*; [GBV Data explorer](#)

Häusliche Gewalt meint hier Frauen, die mindestens einmal physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner erlebt haben; Kinderehe umfasst Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet waren.

Gleichzeitig weist Thailand vergleichsweise hohe Werte im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auf. Im Equaldex Equality Index erreicht Thailand 65 von 100 Punkten und belegt Rang 40 von 197 Staaten. Seit 2025 erkennt Thailand zudem die gleichgeschlechtliche Ehe offiziell an. Gleichgeschlechtliche Paare erhalten dadurch unter anderem gleiche Rechte bei Adoption, Gesundheitsentscheidungen und Erbschaften. Trotz dieser rechtlichen Fortschritte berichten Menschenrechtsorganisationen weiterhin von Diskriminierung sowie geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt gegenüber LGBTQ-Personen.

Auch gesellschaftliche Umfragen deuten auf eine vergleichsweise hohe Akzeptanz von LGBTQ-Personen hin. Laut Public-Opinion-Daten unterstützen 73 % der Befragten Rechte und Schutzmaßnahmen für LGBTQ-Personen, während 67 % eine offene sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität befürworten. Zudem unterstützen 81 % den Zugang Jugendlicher zu geschlechtsangleichender Versorgung

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

During the period under review, political space began to expand, but the economy remained weak. Elections in May 2023 were won by the progressive Move Forward Party, which sought reforms to the monarchical and military systems. The legal foundation for the elections was the 2017 junta-imposed constitution, which allowed for a junta-appointed Senate that could help the lower house select the prime minister. This Senate refused to select Move Forward Party leader Pita Limjaroenrat as prime minister, which prevented Move Forward from taking the premiership. Subsequently, Srettha Thavisin, the candidate representing former Prime Minister Thaksin Shinawatra's Pheu Thai Party and the runner-up in the election, won the senators' approval, and Pheu Thai entered into an agreement with conservative parties to form a coalition. Move Forward was not included, leaving it in the parliamentary opposition. In August 2023, Thaksin returned to Thailand and was immediately transported to a hospital. Then, in late August, the monarch reduced Thaksin's eight-year sentence to one year, and in August 2024 he was completely pardoned. In August 2024, Srettha was removed from office by the Constitutional Court for malfeasance and replaced by Thaksin's daughter Paetongtarn. Also in August of that year, the Constitutional Court dissolved Move Forward, claiming the party jeopardized the constitutional monarchy, and banned its executives from politics for 10 years. Days later, Move Forward regrouped as a new party, the People's Party. In June 2024, the Senate's constitutional ability to help select prime ministers came to an end. That month, there was a new selection process to elect a new Senate. The process is extremely complicated and prone to manipulation. The result favored the conservative Bhumjaithai Party, led by Anutin Charnvirakul. Both Pheu Thai and the People's Party have sought to amend the 2017 constitution to require just a single popular referendum to approve amendments. However, the Senate, influenced by the Bhumjaithai Party, has refused to agree to the changes. Meanwhile, since assuming power in 2016, King Maha Vajiralongkorn, titled Rama X, has amassed more authority within the palace than was true of his father, though he is less popular. The king today exerts enormous power over the military and police. The annual October 1 military reshuffle produced a new lineup favored by the palace, with arch-royalist (and potential coup-maker) Pana Klaewblaudtuk appointed as army commander and likely to remain in that post until 2027.

Quelle: [BTI 2026 Thailand Länderbericht: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Thailand 33 von 100 möglichen Punkten (2024: 34 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Ecuador, Panama und Serbien. Deutschland erreichte 77 Punkte.

Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](#)

Spannungen und innere Konflikte

Sowohl die inneren als auch die äußeren Konflikte Thailands haben mit dem Ende der kommunistischen Guerillabewegung und des kambodschanischen Bürgerkriegs abgenommen. Dennoch bestehen seit 2005 erhebliche politische Auseinandersetzungen, die sich in teils gewaltsamen Unruhen, insbesondere in Bangkok, äußern. Zudem bleiben die Spannungen im islamisch geprägten Süden an der Grenze zu Malaysia sowie im Grenzgebiet zu Myanmar bestehen.

Seit dem Militärputsch von 2006 gegen die Regierung Thaksin Shinawatras ist Thailand von wiederkehrenden Krisen geprägt, in denen sich zwei politische Lager gegenüberstehen. Die „Gelbhemden“, organisiert u. a. in der People's Alliance for Democracy (PAD), vereinten monarchistische, urbane, militärnahe sowie Teile der Mittel- und Oberschicht und strebten den Sturz der Shinawatra-Regierungen an, der 2006 mit Unterstützung des Militärs und der Demokratischen Partei gelang. Nach weiteren Protesten und institutionellen Blockaden kam es 2008 und 2013 erneut zu Massenmobilisierungen gegen Thaksin-nahe Regierungen, insbesondere gegen die Regierung Yingluck Shinawatra.

Demgegenüber formierten sich die „Rothemden“ (United Front for Democracy Against Dictatorship, UDD) als pro-demokratische Bewegung gegen den Militärputsch und den Ausschluss gewählter Regierungen. Sie mobilisierten vor allem ärmere und ländliche Bevölkerungsschichten, insbesondere im Nordosten des Landes, und unterstützten die Shinawatra-Parteien, die trotz manipulativer Wahlkampfelemente als demokratisch legitimiert galten. Ziel war eine stärkere politische Teilhabe und Kontrolle der Eliten, wenngleich das Vertrauen in die Shinawatra-Regierungen aufgrund politischer Fehlentscheidungen teilweise schwand.

In diesem Kontext kam es seit 2006 wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit hunderten Toten und tausenden Verletzten. Nach der Eskalation der Proteste 2013 entthob das Verfassungsgericht Yingluck Shinawatra 2014 ihres Amtes, woraufhin das Militär erneut die Macht übernahm. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, Versammlungen verboten und eine Ausgangssperre verhängt. Zwar waren Wahlen zur Rückkehr zur Demokratie angekündigt, diese fanden jedoch erst 2019 statt und legitimierten nach Einschätzung von Freedom House vor allem den fortgesetzten Einfluss des Militärs.

Seit 2020 kommt es erneut zu landesweiten Protesten gegen die Verfassung von 2017 und die Wahlen von 2019. Die Regierung reagiert hierauf überwiegend repressiv, was unter anderem von Amnesty International kritisiert wird, insbesondere wegen des Einsatzes von Tränengas und Wasserwerfern auch gegen Minderjährige.

Nach den Wahlen im Mai 2023 kam es zu einem Regierungswechsel, als Srettha Thavisin eine zivile Koalitionsregierung bildete. Diese blieb jedoch politisch instabil und stand unter erheblichem institutionellem Druck; Im Jahr 2024 übernahm dann Paetongtarn Shinawatra das Amt der Premierministerin. Ihre Amtszeit war von anhaltenden Spannungen geprägt, die sich 2025 erheblich verschärften, als ein geleaktes Telefonat zwischen ihr und einem hochrangigen kambodschanischen Politiker öffentlich wurde. In diesem Gespräch ging es um den Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha, was ihr in der öffentlichen Wahrnehmung den Vorwurf einbrachte, nationale Interessen zu gefährden. Das Telefonat löste massive Kritik, Proteste in Bangkok sowie den Austritt von Koalitionspartnern aus der Regierung aus und führte zu einer schweren Regierungskrise. In der Folge suspendierte das Verfassungsgericht Paetongtarn Shinawatra zunächst vom Amt und entthob sie später ihres Postens. Dies führte zu einer erneuten politischen Neuordnung und verstärkte die ohnehin bestehende Polarisierung zwischen reformorientierten Kräften und dem konservativ militärnahen Establishment.

Nach dem Zusammenbruch der Koalition wurde im September 2025 Anutin Charnvirakul zum neuen Premierminister gewählt.

Seit den 1940er Jahren gibt es auch Spannungen in der islamisch-dominierten Pattani-Region im Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia. Die Oppositionsbewegungen sind islamistisch geprägt und führen teilweise einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung. Die Anzahl der Kämpfer:innen ist jedoch relativ klein, sie wird auf ca. 100-200 geschätzt. Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu Konflikten zwischen Staatsbürger:innen und Ausländer:innen. Zwischen 2007 und 2008 kam es zu Konflikten in den muslimisch dominierten Regionen Narathiwat, Pattani und Yala. Anschläge von Rebell:innengruppierungen beinhalteten Bombenanschläge auf Marktplätze, Anschläge mit selbstgebastelten Bombensätzen (IEDs) auf thailändische Militärs und das Schießen auf Personen, Lehrer:innen sowie Schul- oder Regierungsgebäude. Ein Strategiewechsel im April 2008 führte zumindest in der Yala Region zu einem gewissen Erfolg, als lokale Bevölkerungsgruppen Nachschub der Rebell:innen dem Militär übergaben. Im Zuge der neuen Strategie, die auf das Gewinnen der Herzen und Köpfe (hearts-and-minds-strategy) der Menschen abzielt, verfolgt das thailändische Militär immer öfters zivile Aufbauprojekte. Dennoch bleibt die Lage weiterhin sehr angespannt und der Konflikt ist von intensiver Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Allein im Jahr 2010 starben in der Region mindestens 370 Menschen. Das ganze Jahr war gezeichnet von Anschlägen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, im Zuge derer zahlreiche Regierungsbeamte:innen und Sicherheitskräfte sowie militante Mitglieder verschiedener Gruppen ums Leben kamen.

Im Februar 2024 einigten sich die thailändische Regierung und Vertreter:innen der muslimischen Rebellengruppen auf einen Fahrplan den langwierigen gewaltvollen Konflikt zu enden. Die Gespräche fanden über zweie Tage in Kuala Lumpur, die Hauptstadt Malaysias, statt. Im Januar 2026 kam es in den Provinzen Narathiwat, Pattani und Yala zu einer Serie koordinierter Bomben- und Brandanschläge auf elf Tankstellen, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. Die Angriffe ereigneten sich zeitgleich mit lokalen Wahlen und wurden von den Behörden als gezielter Versuch gewertet, Unruhe zu stiften und den politischen Prozess zu destabilisieren. Die Vorfälle unterstreichen, dass der bewaffnete Konflikt im Süden trotz laufender Dialogformate und vereinzelter Deeskalationsschritte weiterhin von hoher Gewaltbereitschaft geprägt ist und bislang nicht nachhaltig gelöst werden konnte.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Thailand ist ein Staat in Südostasien und grenzt nördlich und entlang der westlichen Grenze an Myanmar, im Norden und entlang der östlichen Grenze an Laos und im Süden an Kambodscha und den Golf von Thailand. Die Staatsfläche umfasst 513.115 km². Die Hauptstadt Thailands ist Bangkok.

Politische Situation in der Region

Trotz mehrerer ungelösten Grenzfragen zwischen den Staaten in der Region gibt es keine größeren zwischenstaatlichen Konflikte. Die Ausnahme bieten die Spratly- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, wobei Thailand bisher nicht an diesem Konflikt beteiligt gewesen ist. Jedoch geraten diese umstrittenen Inselgruppen zunehmend in die Aufmerksamkeit der thailändischen Marine.

Die größten Instabilitätsfaktoren sind eher subnationaler bzw. transnationaler Natur: Separatistische Bewegungen, internationale Kriminalität, Piraterie, soziale Ungleichheit, Menschenhandel. Oft sind auch die nationalen Sicherheitskräfte eher als destabilisierender Faktor anzusehen, so die Militärjunta in Myanmar oder das indonesische Militär. Besonders der innermyanmarische Konflikt ist auch für Thailand von Bedeutung, da die Kämpfe oft über die Grenze schwappen und Thailand eine große Anzahl an myanmarischen Geflüchteten beherbergt, die bei einer Verschärfung des Konfliktes rapide ansteigen könnte. Thailand verfügt auch, trotz sporadischer Grenzgefechte, über intensive Kontakte zu Myanmar. Teilweise sind diese illegal, zum Beispiel im Rahmen des Drogenschmuggels. Teile des thailändischen Militärs bemühen sich auch um eine Intensivierung der „Militär diplomatie“ – um einen engeren Austausch zwischen dem myanmarischen und dem thailändischen Militär. Trotz der militärischen Anspannungen ist die Wirtschaft der beiden Länder eng miteinander verzahnt.

Die Lage in Kambodscha hat sich im Vergleich zu den 1970er bis zu den frühen 1990er Jahren wesentlich beruhigt, wodurch sich auch die Lage im Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand entspannt hat. Die autoritäre Regierung Hun Sens in Phnom Penh ist jedoch nicht unumstritten und obwohl er mehrere politische Gegner:innen aus dem Weg geräumt hat, besteht weiterhin die Gefahr eines Machtkampfes. Dieser würde auch eventuell direkte Auswirkungen auf Thailand haben, welches schon im kambodschanischen Bürgerkrieg eine beträchtliche Zahl kambodschanischer Geflüchteter beherbergte.

Eine der großen zukünftigen regionalen sicherheitspolitischen Fragen ist die Rolle Chinas. Die Volksrepublik (VR) China hat in den beiden letzten Jahrzehnten ihre militärische Schlagkraft erheblich verbessert, besonders was die offensiven Kapazitäten der Marine und Luftwaffe angeht. Das Hauptaugenmerk der VR China ist die Taiwan-Frage, jedoch ist das Land auch in der weiteren Region dabei, seine Vormachtstellung politisch, diplomatisch, aber auch militärisch Stück für Stück auszubauen. Besonders sichtbar ist dies im Konflikt um die Spratly- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, welche von der VR China, Vietnam, Taiwan, Brunei, den Philippinen und Malaysia (Spratly-Inseln) bzw. der VR China, Vietnam und Taiwan (Paracel-Inseln) beansprucht werden. Bereits im November 2002 haben zwar alle Parteien eine „Erklärung über das Verhalten der Betroffenen im Südchinesischen Meer“ unterzeichnet (*Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea*). Jedoch lässt diese Deklaration einen rechtlich verbindlichen „code of conduct“, der zu einer Entspannung der Situation beigetragen hätte, vermissen. Im Rahmen dieser Regelung wurden Malaysia die Rechte über die Inseln Ligatan und Sipadan zugeteilt. Der Grenzverlauf im Celebes-See wurde allerdings bisher noch nicht geregelt, was zum Streit der anliegenden Mächte über die Aufteilung der Bohrkonzessionen für das Erdölvorkommen Ambalat im März 2005 führte.

Zuletzt spitzte sich der Konflikt um die rohstoffreichen Spratly-Inseln zwischen China und Vietnam erheblich zu. Neben Öl- und Gasvorkommen ist die maritime Region auch aufgrund ausgedehnter Fischgründe sowie einer der bedeutendsten Schifffahrtsrouten der Welt von Bedeutung. Ein Krieg um die Inseln erscheint weiter unwahrscheinlich. Bewaffnete Zwischenfälle zwischen beiden Ländern und anderen Staaten wegen der ungeklärten Territorialfrage erscheinen aber, auch angesichts der zahlreichen Rüstungsgeschäfte in den vergangenen Jahren, wahrscheinlicher denn je. Dennoch haben sowohl Thailand als auch andere Staaten der Region China militärisch nichts entgegenzusetzen.

Die Beziehungen Thailands zu seinen beiden anderen Nachbarn Laos und Malaysia gelten als gut.

Grenzkonflikte

Grenzziehungen zu Myanmar, Kambodscha und Laos sind nicht endgültig. An der Grenze zu Myanmar schwappen die innerstaatlichen Konflikte des benachbarten Landes zeitweise über die Grenze, insbesondere wenn kämpfende ethnische bewaffnete Gruppen in Grenznähe operieren. So etwa während der Belagerung von Myawaddy im April 2024 im Kontext des anhaltenden Bürgerkriegs zwischen der Militärjunta und ethnischen Organisationen, die auch humanitäre und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Grenzregion hatte. Die Lage blieb 2025 angespannt, unter anderem durch wiederkehrende Schließungen des Grenzübergangs und Auswirkungen auf den Handel und die lokale Bevölkerung; Besonders seit dem Staatsstreich in Myanmar im Jahr 2021 spitzte sich auch die Fluchtsituation weiter zu.

Die Lage im Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand hat sich nach dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges und der Selbstaflösung der Khmer Rouge erheblich verbessert. Dennoch erlebte der Grenzkonflikt seit 2025 eine neue Eskalationsphase. Bereits im Mai kam es zu Schusswechseln entlang umstrittener Grenzbereiche, und im Juli 2025 flammten Gefechte mit schweren Waffen auf, bei denen mindestens zwei Soldat:innen verwundet wurden und beide Seiten sich gegenseitig beschuldigten, den Konflikt zu provozieren. Diese militärischen Zusammenstöße setzten sich bis Ende 2025 fort, was Hunderttausende Menschen zur Flucht bewegte, Zivilist:innen und Soldat:innen zu Opfern wurden und die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten erheblich belastet wurden. Am 26. Oktober 2025 unterzeichneten beide Seiten im Rahmen des ASEAN-Gipfels in Kuala Lumpur den *Kuala Lumpur Peace Accord*, der einen Waffenstillstand, die Rücknahme schwerer Waffen und die Freilassung von Gefangenen vorsah, doch blieb die Situation fragil und Waffenruhen wurden mehrfach vorübergehend ausgesetzt. Anfang Januar 2026 berichteten thailändische Behörden von Verstößen gegen eine zehn Tage alte Waffenruhe, bei denen ein thailändischer Soldat verletzt wurde; Kambodschas Seite erklärte dies als „betriebsbedingten Fehler“.

Die Grenzregion zwischen Thailand und Malaysia wird von beiden Seiten als Problemzone wegen der dort aktiven islamistischen Bewegungen angesehen. Nach dem 11. September 2001 ist der Druck auf diese Bewegungen gewachsen, insbesondere seitdem die USA Südostasien als ein „Schwerpunktgebiet“ ihres weltweiten „Kampfes gegen den Terror“ ausgemacht haben. Immer wieder kommt es auf beiden Seiten zu Grenzverletzungen und vereinzelt gewaltsamen Zwischenfällen, die auch Todesopfer fordern. Nach einer erneuten Eskalation im Frühjahr 2011, bei der auf beiden Seiten Soldat:innen ums Leben kamen, scheint vorerst eine Einigung zwischen beiden Staaten gefunden worden zu sein. Thailändische Politiker:innen hatten Malaysia beizeiten vorgeworfen, das bestimmte malaysische Parteien von der Situation in Thailands Süden profitierten. Nachdem Malaysia jedoch unterstützend in Friedensgesprächen mitgewirkt hat, hat sich die Situation entspannt.

Regionale Rüstungskontrolle

Lange gab es keine gemeinsamen Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle in Südostasien. Jedoch sehen sich die ASEAN-Staaten zunehmend mit Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, die nur gemeinsam bewältigt werden können oder eine gemeinsame Position gegenüber Drittstaaten mit strategischen Interessen in der Region erfordern (wie etwa der Disput um das Südchinesische Meer). Dazu finden seit 1994 regelmäßige ASEAN Regionalforen statt, bei denen neben den ASEAN-Staaten weitere Teilnehmer am Tisch sitzen. Ziel ist es, die legitime Rolle der Großmächte in der Region anzuerkennen und

gleichzeitig den mittleren und kleineren Nationen die Möglichkeit zu geben, bei Diskussionen über Fragen der eigenen Sicherheit Gehör zu finden.

Am 15. Dezember 1995 unterzeichneten die ASEAN-Mitgliedstaaten den Vertrag über die Südostasiatische kernwaffenfreie Zone (SEANWFZ-Vertrag) als Verpflichtung, die südostasiatische Region als eine Region frei von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu erhalten. Der Vertrag ist auch unter dem Namen Bangkok-Vertrag bekannt. Mit diesem Vertrag bekräftigt die ASEAN die Bedeutung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) für die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen und den Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt. Sie markiert auch die Einrichtung einer kernwaffenfreien Zone (NWFZ) in Südostasien - eine von fünf NWFZs in der Welt. Die anderen vier NWFZs befinden sich in Lateinamerika und der Karibik, im Südpazifik, in Afrika und in Zentralasien. erhielt die SEANWFZ erneut politische Aufmerksamkeit, da mehrere Nuklearwaffenstaaten — insbesondere China und Russland — ihre Bereitschaft signalisierten, das Zusatzprotokoll zum Vertrag zu unterzeichnen und die nuklearwaffenfreie Zone völkerrechtlich anzuerkennen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die USA haben in Thailand selber relativ wenige Truppen permanent stationiert, es gibt aber die jährlichen *Cobra Gold*-Manöver, an denen zum Beispiel im Mai 2008 ca. 6.000, 2011 sogar 7.200 US-amerikanische Militärs teilnahmen. Hinzu kamen ebenfalls 158 Soldat:innen aus Singapur, 81 indonesische Soldat:innen sowie 67 japanische Militärangehörige. Im Gegensatz zu vorherigen Übungen wurde im Jahr 2008 insbesondere der Einsatz in Friedensmissionen trainiert. In der südostasiatischen Region sind die USA seit dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898, als die USA die Philippinen übernahmen, militärisch präsent gewesen. Den Höhepunkt erreichte diese Präsenz während des Vietnam-Krieges, als Thailand einer der Hauptstationierungsorte für die US-Luftwaffe, aber auch zu einem der sogenannten „rest-and-recreation“-Zentren der Amerikaner:innen wurde und für das Aufblühen des Sextourismus sorgte. Mit dem Ende des Vietnam-Krieges und später auch des Kalten Krieges nahm die US-Präsenz stetig ab. 1991 zogen die US-Streitkräfte von den Philippinen ab, 1999 wurden die US-Militärberater:innen aus Indonesien wegen der Massaker in Ost-Timor abgezogen.

Mit dem verstärkten Fokus der USA auf den Anti-Terror-Kampf besonders in der Region Südostasien hat sich jedoch dieser Trend umgekehrt. In Thailand sind derzeit rund 100 Soldat:innen des US Pacific Commands stationiert, auf den Philippinen sind rund 200 US-Soldat:innen im Einsatz. Die Militärübungen in den Staaten der Region werden umfangreicher und (teilweise) für den Anti-Terror-Kampf ausgebildet. Man kann davon ausgehen, dass die US-Sicherheitskräfte auch verdeckt aktiv in der Region tätig sind.

Andere mit Deutschland alliierte Staaten unterhalten keine größeren Einheiten in der Region. Lediglich die britische Armee unterhält ein Bataillon in Brunei (1.200 Soldat:innen) und britische Streitkräfte sind relativ oft an Manövern in der Region beteiligt. Dazu sind 130 australische Soldat:innen in Malaysia stationiert. Die Zuwendung der USA zu der asiatisch-pazifischen Region führt möglicherweise zu einer weiteren Steigerung der US-Präsenz.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Thailand ist nahezu allen wichtigen internationalen Anti Terrorismusabkommen beigetreten, zuletzt der Konvention zum Schutz nuklearen Materials (2018) sowie der Konvention zur Unterdrückung nuklearen Terrorismus, die 2019 ratifiziert wurde.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gerieten mehrere Staaten Südostasiens zunehmend unter internationalen Druck, entschlossener gegen mutmaßliche terroristische Strukturen vorzugehen. Auch Thailand war hiervon betroffen. Vor diesem Hintergrund schlossen die zehn ASEAN Mitgliedstaaten, darunter Thailand, im August 2002 gemeinsam mit den USA einen Anti Terrorismuspakt, um die regionale Zusammenarbeit und den Informationsaustausch im Kampf gegen den Terrorismus auszubauen.

Im Gegensatz zu Indonesien, Malaysia oder den Philippinen stand Thailand jedoch nie im Verdacht, selbst als zentrale Operationsbasis internationaler terroristischer Organisationen zu dienen. Medienberichten zufolge sollen mutmaßliche Mitglieder von al Qaida allerdings von US-Sicherheitsbehörden in Thailand verhört worden sein, um außerhalb des US-amerikanischen Rechtssystems folterähnliche Verhörmethoden anwenden zu können. Zudem gilt Thailand aufgrund leichter Einreisebedingungen sowie seiner Rolle als bedeutender Umschlagsplatz für Kleinwaffen in der Region als potenziell anfällig für die Aktivitäten bewaffneter Gruppen und transnationaler Netzwerke. Dieser Umstand wurde in der Vergangenheit wiederholt von Organisationen ausgenutzt, die international als terroristisch eingestuft werden.

Im Global Terrorism Index 2026 belegt Thailand Rang 20 mit einem Wert von 5,275 und weist damit weiterhin ein erhöhtes Terrorismusrisiko auf. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Land um sechs Plätze aufgestiegen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Ebenso wie bewaffnete Gruppen haben auch internationale kriminelle Netzwerke die einfache Verfügbarkeit von Waffen, die erleichterte Einreise sowie die teilweise bestehende Korruptionierbarkeit staatlicher Sicherheitsorgane zu ihren Gunsten genutzt. Aufgrund seiner geografischen Lage im sogenannten „Goldenen Dreieck“ sowie der hohen Zahl internationaler Reisender ist Thailand ein bedeutender Umschlagsplatz für internationalen Drogenhandel, Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Thailand fungiert dabei sowohl als Herkunfts-, Transit- als auch Zielland für Menschenhandel und Menschenhandel. Besonders betroffen sind Migrant:innen und staatenlose Personen aus den Nachbarstaaten Myanmar, Laos und Kambodscha. Kriminelle Netzwerke nutzen zunehmend soziale Medien und Onlineplattformen zur Rekrutierung und Organisation grenzüberschreitender Schleusungen. Zudem gilt Thailand weiterhin als wichtiger Transitstaat für Personen, die in sogenannte Scam Center in Myanmar, Laos oder Kambodscha verschleppt werden.

Laut Presseberichten sollen zudem Angehörige der Sicherheitskräfte selbst in Drogenschmuggel und andere transnationale kriminelle Aktivitäten verwickelt sein. Im November 2025 wurde nahe der kambodschanischen Grenze ein Schmuggelring aufgedeckt, bei dem thailändische Sicherheitskräfte 81 geschmuggelte Makaken sowie Methamphetamin und Crystal Meth sicherstellten.

Im Global Organized Crime Index 2025 erreicht Thailand einen Criminality Score von 6,37 und belegt damit Rang 39 von 193 Staaten weltweit. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Land um fünf Plätze. Innerhalb Asiens liegt Thailand auf Rang 15 von 46 Staaten sowie auf Rang 7 von 11 Staaten in Südostasien.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Thailand übermittelt nur sehr bedingt Daten über Rüstungsimporte und -exporte an die UN. Während es zwischen 1993 und 2004 jährliche Berichte einreichte, lieferte es seitdem lediglich in den Jahren 2009, 2011, 2022 und zuletzt im Jahr 2024 Berichte ein. Der jüngste Bericht ist dagegen äußerst dürftig und umfasst mutmaßlich nur einen Bruchteil der tatsächlichen Im- und Exporte. Informationen hierüber stehen somit fast ausschließlich durch Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Die Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen wurde im Rahmen des Programme of Action zuletzt 2024 thematisiert, und Thailand meldet hierzu konkrete Kontroll- und Sammeldaten. Laut diesem Bericht gibt es keinen nationalen Aktionsplan gegen Klein- und Leichtwaffen.

Angaben zu Militärausgaben wurden lange nur unregelmäßig gemeldet, unter anderem in den Jahren 2000, 2009, 2010 und 2011. Zwar reichte Thailand 2022, 2023 und 2024 erneut einen Bericht ein, diese beschränken sich jedoch weitgehend auf Gesamtausgaben ohne detaillierte Aufschlüsselung.

Da das Land den Arms Trade Treaty bisher nicht ratifiziert hat, hat es hier entsprechend noch keine Berichte eingereicht.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die größte Gefahr hinsichtlich der unerlaubten Wiederausfuhr liegt im Bereich der Kleinwaffen, da Thailand einer der Hauptumschlagsplätze in der Region ist und in der Vergangenheit auch einzelne Mitglieder:innen der Sicherheitskräfte an diesen Aktivitäten beteiligt gewesen sind. Bei aufgedeckten Fällen sind ausländische Waffen bzw. solche, die unter Lizenz in Thailand hergestellt worden sind, beschlagnahmt worden.

Medienberichten und unabhängigen Untersuchungen zufolge sollen Mitglieder:innen des thailändischen Militärs zudem am myanmarischen Opiumgeschäft sowie am Schmuggel von Tropenholz und Kulturgütern aus Kambodscha und Myanmar beteiligt gewesen sein. Waffenschmuggel in die naheliegenden Konfliktgebiete, aber auch die Verbreitung von Waffen in der thailändischen Unterwelt sind ein ernstes Problem. Dies geschieht in dem Maße, dass

Thailand als einer der Hauptumschlagplätze für Kleinwaffen in Südostasien gilt, zum Beispiel für die chinesische separatistische Bewegung GAM oder die LTTE („Tamil Tigers“) aus Sri Lanka. Oft sind thailändische Militärs an diesen Geschäften beteiligt gewesen. So wurde im Juni 2017 beispielsweise ein Luftwaffenoffizier festgenommen, nachdem sein mit AK-47-, sowie Maschinengewehren und M-79 Granaten beladener Pickup-Truck von einer Straße abgekommen war. Auch im Jahr 2023 gilt das Goldene Dreieck noch als ein ausgesprochen großer Korridor für illegalen Handel – insbesondere auch für Drogen. Im August 2025 führte die Royal Thai Police eine zehntägige Aktion gegen illegale Schusswaffen und Sprengstoffe durch; dabei wurden über 5.200 Verdächtige verhaftet und tausende Waffen sowie Munition sichergestellt; außerdem wurde im Juli 2025 ein internationaler Versand gestoppt, mit dem 25 halbautomatische Schusswaffen nach Moskau verschickt werden sollten.

Laut Medienberichten sollen sich in der Vergangenheit führende thailändische Militärs auch bei der Beschaffung von Waffensystemen aus dem Ausland selbst bereichert haben. Zudem floriert der Waffenhandel mit Indonesien. Insbesondere in der indonesischen Provinz Aceh tauchen immer wieder Waffen auf, die aus Malaysia oder Thailand über die Grenze ins Land gelangt sind. Im Jahr 2001 beschlossen Thailand und Indonesien daher in einem Abkommen, in Zukunft stärker zusammen zu arbeiten, um den Waffenhandel in Aceh einzudämmen. Mittlerweile gilt Malaysia als Transitland, um Waffen aus anderen südostasiatischen Ländern nach Indonesien zu schmuggeln.

Thailand stellt außerdem einen der wichtigsten Umschlagpunkte der Region für Waffenschmuggel nach Kambodscha dar. Berichten zufolge gelangten rund 80 % der illegal in Kambodscha befindlichen Waffen über Thailand ins Land. Konkrete Zahlen über die Waffenlieferungen gibt es jedoch nicht. Die anhaltende Korruption erschwert den Kampf gegen den Waffenhandel, der meist an der unübersichtlichen Grenze zwischen Thailand und Kambodscha geschieht. Immer wieder kommt es daher an Thailands Grenzen zu Verhaftungen, bei denen meist illegale Waffen konfisziert werden.

In Reaktion auf einen Amoklauf eines ehemaligen Polizisten, bei welchem 37 Personen (unter anderem 24 Kleinkinder) ums Leben kamen, schlug der ehemalige Premierminister des Landes, Thaksin Shinawatra, im Oktober 2022 eine dreimonatige Frist vor, um illegalen Waffenbesitzer:innen die Möglichkeit der Registrierung einzuräumen. Bisher ist es nicht zu einem solchen „Amnestieprogramm“ gekommen. 2021 gab es ebenfalls die Meldung der Bangkok Post, dass ein Polizist 159 Waffen, darunter 25 M16-Gewehre und 134 Pistolen - 24 Glocks, 68 Sig Sauers und 42 Smith & Wesson, von der Pak Kret Polizeistation geklaut hatte. Einem Artikel von The Diplomat zu Folge sind Angestellte der Polizei sind regelmäßig in illegalen Waffenhandel verwickelt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Despite the waning of the pandemic in 2022 and the appointment of an elected civilian government in 2023, Thailand's economy remains weak. Economic growth, based partly on tourism, is still recovering. As of early 2025, Paetongtarn remained prime minister, but her father, Thaksin, was dominating the government. Nevertheless, Thailand was informally under the sway of the king.

Quelle: [BTI 2026 Thailand Länderbericht: BTI 2026](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

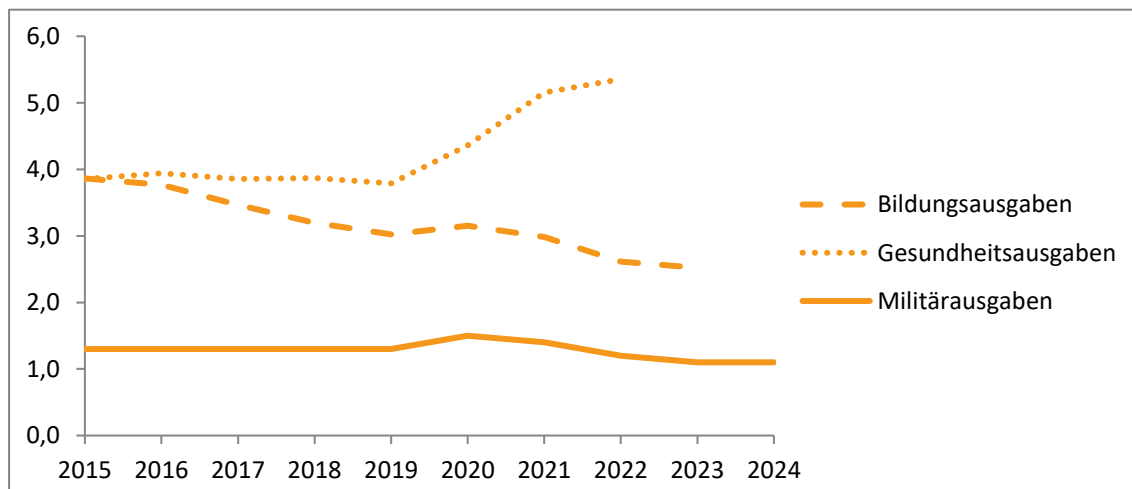
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	7133	7021	6149	5746	5570
Militärausgaben/BIP	1,5	1,4	1,2	1,1	1,1
Gesundheitsausgaben/BIP	4,4	5,2	5,4	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,2	3,0	2,6	2,5	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	168600	186866	196676	201051	193626

	2019	2020	2021	2022	2023
Anteil am BIP (in %)	31	37,3	38,9	40,6	37,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	-296,99	136,7	94,25	495,04	-
Net ODA (% of GNI)*	-0,07	0,03	0,02	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	30,58	31,36	18,18	20,97	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	116,2	111,2	108,0	107,4	106,6
Index-Platzierung	56	56	58	60	64

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Kambodscha	Militarisierungswert	146,3	142,5	143,6	142,7	141,8
	Index-Platzierung	24	27	24	27	32
Laos	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Malaysia	Militarisierungswert	82,6	82,1	80,6	77,2	77,1
	Index-Platzierung	98	97	97	106	103
Myanmar	Militarisierungswert	142,6	147,1	152,7	139,6	167,3
	Index-Platzierung	27	23	21	30	19

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %

		2021	2022	2023	2024	2025
Kambodscha	Militärausgaben (absolut)	683	639	680	721	716
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,5	1,5	1,5	1,5
Laos	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3589	3686	3977	4378	4546
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	1,0	1,0	1,0
Myanmar	Militärausgaben (absolut)	3702	3311	2876	4652	-
	Militärausgaben/BIP	4,4	3,8	3,7	6,6	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,800	0,798	0,800	0,792	0,798
HDI-Wert (Männer)	0,796	0,794	0,797	0,789	0,795
HDI-Wert (Frauen)	0,805	0,803	0,804	0,796	0,802
GDI-Wert	1,012	1,011	1,009	1,009	1,008

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Der Gender Development Index (GDI) setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 1,008 weist Thailand im regionalen Vergleich einen sehr hohen Grad geschlechtsspezifischer Gleichstellung auf und liegt sowohl über dem globalen Durchschnitt als auch über den Nachbarstaaten Malaysia (0,973), Myanmar (0,947), Laos (0,911) und Kambodscha (0,939).

Die HDI-Werte von Frauen und Männern unterscheiden sich in Thailand nur geringfügig. Frauen erreichen einen HDI von 0,802, Männer einen Wert von 0,795. Besonders deutlich zeigt sich der Unterschied bei der Lebenserwartung: Frauen leben durchschnittlich 80,9 Jahre und damit rund 8,7 Jahre länger als Männer. Hinsichtlich der erwarteten Schuljahre bestehen nur geringe Unterschiede. Frauen erreichen hier einen Wert von 15,5 Jahren, Männer 15,2 Jahre. Auch bei den durchschnittlich absolvierten Schuljahren fallen die Unterschiede vergleichsweise gering aus: Frauen erreichen durchschnittlich 8,9 Schuljahre, Männer 9,2 Jahre.

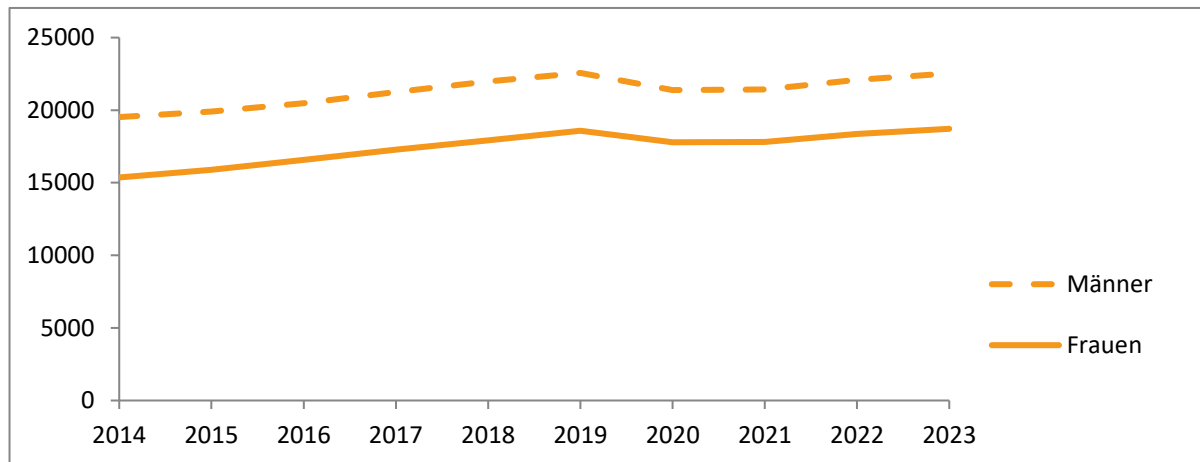
Beim kaufkraftbereinigten Bruttonationaleinkommen pro Kopf bestehen weiterhin Unterschiede zugunsten der Männer. Frauen erreichen hier 18.717 US Dollar, Männer durchschnittlich 22.519 US Dollar. Frauen verfügen damit über rund 83 % des männlichen Einkommens. Wie Schaubild 7 zu entnehmen ist, bestehen damit weiterhin geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Einkommensverteilung.

Die wirtschaftliche und politische Teilhabe von Frauen fällt in Thailand im regionalen Vergleich insgesamt relativ hoch aus. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen lag zuletzt bei rund 59 %, während die Alphabetisierungsrate im Jahr 2022 etwa 91 % betrug. Auch in Führungspositionen der Privatwirtschaft sind Frauen vergleichsweise stark vertreten. So verfügten im Jahr 2016 rund 64,8 % der Unternehmen über weibliche Führungskräfte im Top Management. Zum Vergleich lag dieser Wert in Deutschland im Jahr 2021 bei lediglich 14,2 %.

In der politischen Repräsentation zeigen sich hingegen weiterhin deutliche Unterschiede. Im weltweiten Vergleich belegt Thailand hinsichtlich des Frauenanteils im Parlament Rang 128 von 183 Staaten. Frauen halten 97 von 495 Sitzen im Unterhaus beziehungsweise Einkammerparlament, was einem Anteil von 19,6 % entspricht. Im Senat beziehungsweise Oberhaus liegt der Frauenanteil mit 45 von 200 Sitzen bei 22,5 %. Auch innerhalb der Regierung sind Frauen vergleichsweise schwach vertreten. Im weltweiten Vergleich der Frauenanteile in Ministerämtern belegt Thailand Rang 125 von 181 Staaten; lediglich 3 von 19 Kabinettsmitgliedern und damit 15,6 % der Ministerposten werden von Frauen besetzt.

Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2026 bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie unterstützende staatliche Strukturen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen. Thailand erreicht im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen einen Wert von 69,40 von 100 und weist damit ein mittleres Niveau auf, das leicht über dem globalen Durchschnitt von 67 liegt. Deutlich schwächer fallen hingegen die unterstützenden staatlichen Rahmenbedingungen aus, die mit 32,92 von 100 lediglich ein niedriges Niveau erreichen und klar unter dem weltweiten Durchschnitt von 47 liegen. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung der Maßnahmen liegt bei 53,38 von 100 und damit auf mittlerem Niveau sowie leicht über dem globalen Durchschnitt von 53. Insgesamt zeigt sich damit, dass Thailand vergleichsweise solide rechtliche Grundlagen für die Gleichstellung von Frauen geschaffen hat, während insbesondere bei unterstützenden staatlichen Maßnahmen weiterhin deutlicher Verbesserungsbedarf besteht.

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)

Quellen: Gender Development Index; [Specific country data | Human Development Reports](#)

Zusammenfassung Kriterium 8:

Thailand weist im regionalen Vergleich eine insgesamt hohe wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf. Mit einem Bruttonationaleinkommen von rund 7.100 US Dollar pro Kopf zählt das Land zu den „Upper Middle Income Countries“. Die Wirtschaft gilt als vergleichsweise diversifiziert und exportorientiert. Gleichzeitig bleibt Thailand anfällig für klimatische Risiken wie Dürren und Überschwemmungen.

Auch im Bereich der sozialen Entwicklung erreicht Thailand vergleichsweise hohe Werte. Mit einem HDI von 0,798 gehört das Land weiterhin zu den am stärksten entwickelten Staaten Südostasiens. Extreme Armut spielt nur noch eine geringe Rolle, während Gesundheitsversorgung, Alphabetisierung und Zugang zu sauberem Trinkwasser ein hohes Niveau erreichen.

Im Vergleich der relativen Militärausgaben zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie dem Militarisierungsgrad Thailands weist das Land derzeit keine besondere Gefahr auf, dass überhöhte Rüstungsausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von rund 7.100 US Dollar pro Kopf (2024; Atlas Methode) zählt Thailand bereits seit 2011 zu den „Upper Middle Income Countries“ und gilt mit einer Auslandsverschuldung von 37,5 % des BIP nicht als übermäßig verschuldet. Das durchschnittliche Wachstum des BIPs lag in den vergangenen fünf Jahren bei rund 0,5 % und damit leicht über dem regionalen Durchschnitt.

Generell zeigte das Land in den vergangenen vier Jahrzehnten eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung. Land, Forstwirtschaft und Fischerei machen heute nur noch rund 8,6 % des BIP aus, während dieser Anteil in den 1970er Jahren noch zwischen 20 und 30 % lag.

Die thailändische Wirtschaft sowie der Exportsektor gelten als vergleichsweise diversifiziert. Zu den wichtigsten Exportgütern 2025 zählen elektrische Maschinen und elektronische Ausrüstung (18,7 % der Gesamtexporte), Maschinen einschließlich Computertechnik (18,1 %)

sowie Fahrzeuge (10,1 %). Der Exportsektor machte im Jahr 2022 rund 66 % des BIP aus und besitzt damit eine zentrale Bedeutung für die thailändische Volkswirtschaft. Im Economic Complexity Index belegt Thailand Rang 34 weltweit. Gegenüber dem vergangenen Jahrzehnt blieb die Position des Landes weitgehend unverändert. Gleichzeitig wird jedoch auf eine sinkende Diversifizierung der Exporte hingewiesen, auch wenn Thailand weiterhin Potenzial besitzt, seine Produktion auf Grundlage bestehender industrieller Kapazitäten weiter auszubauen.

Die thailändische Wirtschaft gilt grundsätzlich als relativ krisenfest und konnte sich vergleichsweise schnell von den wirtschaftlichen Folgen der Covid 19 Pandemie erholen, auch wenn insbesondere der Tourismus und der internationale Handel zunächst massive Einbrüche verzeichneten. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Herausforderungen. Der Internationale Währungsfonds verweist auf zunehmende externe und innenpolitische Unsicherheiten, ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum, eine schwache Inlandsnachfrage sowie eine weiterhin hohe private Verschuldung. Für das Jahr 2026 prognostiziert der IMF ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5 % bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 0,9 %.

Darüber hinaus ist Thailand stark von klimatischen Risiken betroffen. Dürren und Überschwemmungen stellen bereits heute erhebliche Belastungen für Landwirtschaft, Infrastruktur und Wirtschaft dar und könnten sich infolge des Klimawandels weiter verschärfen. Im Global Climate Risk Index 2024 belegte Thailand Rang 17.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,803 im Human Development Index überschritt Thailand im Jahr 2019 erstmals die Schwelle zur Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung“. Infolge der Covid-19-Pandemie sank der Wert zwischenzeitlich leicht auf 0,798 und fiel damit wieder knapp unter diese Kategorie, zeigt in den letzten Jahren jedoch erneut eine steigende Tendenz. Unter den direkten Nachbarstaaten erreicht lediglich Malaysia mit 0,819 einen etwas höheren HDI-Wert. Gelder aus der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machen lediglich 0,02 % des Bruttonationaleinkommens aus und sind damit vernachlässigbar gering. Auch absolute Armut stellt kaum noch ein zentrales Problem dar: 2025 lebten lediglich 0,6 % der Bevölkerung unter der internationalen Armutsgrenze von 2,15 US-Dollar pro Tag, unterhalb von 3,65 US-Dollar waren es 0,9 %. Dies spiegelt sich auch im SDG-Index wider, in dem Thailand Rang 43 von 167 Staaten erreicht und einen Gesamtwert von 75,34 % erzielt. Die Ziele „Keine Armut“ (SDG 1) und „Hochwertige Bildung“ (SDG 4) gelten dabei bereits als erreicht.

Gleichzeitig bestehen in einzelnen sozialen Bereichen weiterhin erhebliche Herausforderungen. Besonders im Bereich Ernährungssicherheit verschlechterte sich zuletzt die Entwicklung des SDG 2 „Zero Hunger“. Im Jahr 2022 waren 5,6 % der Bevölkerung unterernährt. Zudem litten 12,4 % der Kinder unter fünf Jahren an chronischer Mangelernährung und 7,2 % an akuter Mangelernährung. Auch im Gesundheitsbereich bestehen weiterhin strukturelle Probleme. Zwar sank die Müttersterblichkeit auf 34,5 pro 100.000 Lebendgeburten und die Kindersterblichkeit auf 9,2 pro 1.000 Lebendgeburten, dennoch bestehen im SDG 3 weiterhin erhebliche Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Verkehrstoten. Die Zahl der Verkehrstoten lag 2021 bei 25,4 pro 100.000 Einwohnern, sank zuletzt jedoch leicht. Insgesamt gelten 41,3 % der SDG-Indikatoren als erreicht, während bei 30 % nur begrenzte Fortschritte und bei 28,8 % sogar Verschlechterungen festgestellt wurden.

Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt vergleichsweise niedrig und lag 2024 bei rund 4,3 % der 15- bis 24-Jährigen. Auch weitere soziale Entwicklungsindikatoren fallen überwiegend positiv aus: Die HIV-Neuinfektionsrate liegt bei 0,1 pro 1.000 Einwohnern, die Netto-Primarschulquote bei 98,4 % und die Alphabetisierungsrate der 15- bis 24-Jährigen bei 98,2 %. Zudem besteht ein nahezu universeller Zugang zu Gesundheitsversorgung (UHC-Index 82), sauberem Trinkwasser (100 %) und Sanitäranlagen (99 %). Mit einem Gini-Index von 35,1 liegt die Einkommensungleichheit zudem in einem Bereich, der in etwa mit Deutschland (31,7) vergleichbar ist; Werte ab 45 gelten international als deutlich problematisch.

Über die vergangenen zehn Jahre investierte Thailand durchschnittlich 2,7 % des BIP in Gesundheit, 3,0 % in Bildung und nur rund 1,3 % in Verteidigung. Auch wenn die relativen Gesundheits- und Bildungsausgaben damit global betrachtet nicht besonders hoch sind, sind es die Militärausgaben jedoch auch nicht. Thailand gilt im jüngsten Globalen Militarisierungsindex mit einem Rang von 64 als ein „moderat“ militarisiertes Land.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft